Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, Gust. Ad. Schleh, Hoflieferant, Gr. Gerberstr.- u. Breitestr.-Ecke, Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmsplatz 8.

Verantwortliche Redakteure: für den innerpolitischen Theil: F. Hachfeld, für den übrigen redakt. Theil: E. R. Liebscher, beide in Posen.

Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung

Hundertunderster Jahrgang.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen R. Mosse, Haasenstein & Vogler A.-G., G. L. Daube & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den Inseratentheil: W. Braun in Posen. Fernsprecher: Nr. 102.

Nr. 172

Die „Posener Zeitung" erscheint täglich drei Mal, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz Deutschland 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Freitag, 9. März.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1894

Deutscher Reichstag.

66. Sitzung vom 8. März, 2 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht die Berathung des **Marineetats.**

Die Debatte beginnt mit den Ausgaben.

Beim Titel „Staatssekretär" berichtet

Referent Abg. **Dr. Lieber** zunächst über die Verhandlungen in der Kommission wegen des Unglücks auf dem Panzerschiff „Brandenburg". Der Staatssekretär habe auf das Ergebniß der Untersuchung vertröstet, aber persönlich seine Anschauung über die Ursachen des Unglücks ausgesprochen.

Abg. **Singer** (S.-D.): Ich will der gerichtlichen Untersuchung über den Unglücksfall auf der „Brandenburg" nicht vorgreifen. Aber ich schätze die Sachverständigkeit des Staatssekretärs so hoch, daß ich auch auf sein persönliches Urtheil hohen Werth lege. Es würde im Lande nicht verstanden werden, wenn wir die Sache hier nicht zur Erörterung brächten. Der Staatssekretär hat gesagt, daß die Ursache des Unglücks in dem Fehlen einer Sicherheitsvorrichtung an einem Ventil zu suchen ist. Der Staatssekretär hat ferner mitgetheilt, daß diese Vorrichtung bereits auf der Zeichnung gefehlt hat. Diese Zeichnung ist dem beaufsichtigenden Beamten nicht vorgelegt worden, und eine Kontrolle nach Anfertigung der Maschine ist nicht geübt worden. Der „Vulkan", der das Schiff zu bauen hatte, ist für alle Folgen verantwortlich zu machen, die aus fehlerhafter Konstruktion entstanden sind. Nach Mittheilung des Staatssekretärs ist die Nichtvorlegung der Zeichnung und das Nichtbemerken des Fehlers auf einen Mangel an beaufsichtigenden Beamten zurückzuführen. Zu gleicher Zeit befanden sich vier Schiffe in Bau, und über alle eine ausreichende Kontrole zu üben, übersteige die Kraft eines einzigen Beamten. Die Ueberstürzung im Schiffsbau hat auch Schuld an diesem Mangel. Von einer Seite, die sonst den Marineforderungen freundlich gegenübersteht, ist dabei betont worden, es wäre besser, anstatt die Zahl der Schiffe die Zahl der Aufsichtsbeamten zu vermehren. Für die Marine hätte auch das felsenfesteste Vertrauen auf die Zuverlässigkeit des „Vulkan" nicht hinreichen dürfen, um weniger Aufsichtsbeamte als nothwendig hinzuschicken. Es hätte um so weniger geschehen dürfen, als ein anderes auf dem „Vulkan" erbautes Schiff zweimal kurz hintereinander Havarie erlitten hat. Wenn solche Fehler gemacht werden, wie in der Konstruktion dieses Schiffes, so kann man nicht, wie der Staatssekretär es zuerst in der Kommission gethan hat, von einem unabwendbaren Unglück sprechen. Unbegreiflich ist es, wie ein Maschinentheil angefertigt werden konnte, ohne daß die betreffende Zeichnung mit dem erforderlichen Kontrolstempel versehen worden ist. Ich bitte den Staatssekretär, seine in der Kommission abgegebene Erklärung zu wiederholen, daß wenn dem „Vulkan" ein Verschulden nachgewiesen wird, dieser zur vollen Verantwortlichkeit gezogen wird. Es muß auch festgestellt werden, ob alle anderen vom „Vulkan" gebauten Schiffe allen Anforderungen entsprechen.

Abg. **v. Massow** (dk.): Zu einem abschließenden Urtheil über den Unglücksfall auf der „Brandenburg" werden meine politischen Freunde kommen, wenn die Untersuchung beendet ist; wir verzichten darum heute auf eine Erörterung der Angelegenheit.

Abg. **v. Kardorff** (Rpt.): Eine Ueberstürzung der Flottenvermehrung verlangt keiner meiner politischen Freunde, wir wünschen nur, daß der letzte Flottengründungsplan durchgeführt wird, wir müssen eben genügend viele Schiffe haben, um unsere Küsten namentlich an der Ostsee gegen Rußland zu vertheidigen. Für weitere Pläne ist keiner von uns zu haben.

Staatssekretär **Hollmann:** Ich kann hier nur dieselben Erklärungen abgeben wie in der Kommission. Es ist schon mit Recht wiederholt betont worden, daß, was ich über die Ursachen des Unglücks auf der „Brandenburg" gesagt habe, meine persönliche Anschauung ist. Es ist eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet worden, die sich auch auf die Schuldfrage erstrecken wird; ehe die Untersuchung zum Abschluß gekommen ist, läßt sich ein endgültiges Urtheil nicht fällen. Ich kann im allgemeinen nur voraussehen, wie das Urtheil ausfallen wird, aber in keiner Weise zugeben, daß meine Ansicht als maßgebend betrachtet wird. Denn in diesen Dingen weichen die Urtheile der Sachverständigen oft von einander ab. Zunächst haben Sie nur eine Stimme gehört. Hören Sie auch den anderen Theil, den „Vulkan". Wenn sich eine Schuld des „Vulkan" herausstellen sollte, so ist es selbstverständlich, daß er zur Verantwortung gezogen wird. Es sind Vorkehrungen getroffen, daß dergleichen Fälle nicht mehr vorkommen. Das Verhältniß der Marineverwaltung zum „Vulkan" war das des gegenseitigen Vertrauens. Der „Vulkan" hat für die Marineverwaltung seit Anfang der 70er Jahre 18 Schiffe gebaut, und bis zur Stunde des Unglücks auf der „Brandenburg" haben wir gute Erfahrungen mit dem Vulkan gemacht, wir haben niemals eine Havarie erlitten. Die Leistungen des „Vulkan" waren bis dahin ausgezeichnet, ich muß das öffentlich konstatiren. Wenn der auch vom „Vulkan" gebaute Dampfer „Spree" des Norddeutschen Lloyd Havarie erlitten hat, so lag die Schuld nicht am „Vulkan", denn das Schiff war nach einer vom Norddeutschen Lloyd vorgeschriebenen Konstruktion erbaut worden. Es freut mich auch, hervorheben zu können, daß das Personal der Marine beim Unglück seine vollste Pflicht gethan und sich über alles Lob erhaben benommen hat.

Abg. **Dr. Lingens** (Ctr.; auf der Tribüne sehr schwer verständlich) tritt für größere Sonntagsheiligung in der Marine ein. Die Bemannung der Kriegsschiffe müsse wenigstens alle 3 Wochen einen freien Sonntag haben.

Staatssekretär **Hollmann** führt aus, daß für die religiösen Bedürfnisse der katholischen Mannschaften gesorgt sei.

Abg. **Dr. Müller**-Sagan (Freis. Vp.): Dem Abg. Singer bin ich dankbar dafür, daß er die Ausführungen der Budgetkommission hier wiederholt hat. Uebrigens bin auch ich der Meinung, daß wir erst das Ergebniß der gerichtlichen Untersuchung abwarten müssen, ehe wir uns ein endgültiges Urtheil bilden; aber wir sind doch nicht verpflichtet, in unserer Zurückhaltung weiter zu gehen als das amtliche Organ der kaiserlichen Regierung. Im „Reichsanzeiger" stand bald nach dem Bekanntwerden des Unglücks eine Notiz, daß bei zu hohen Dampfspannungen bis zu 12 Atmosphären eine besonders große Gefahr für das Personal vorhanden sei, namentlich bei Probefahrten. Es müsse dabei festgestellt werden, ob das Material und alle Maschinentheile den Ansprüchen genügen, die man an sie zu stellen habe. Von außen könne man es den Maschinentheilen nicht ansehen, ob sie eine genügende Haltbarkeit besitzen, sie müssen deshalb probirt werden; ein solches Unglück sei daher wahrscheinlich nicht abzuwenden gewesen. Ich lege hierbei vor Allem Werth darauf, daß durch die ungeschickte Redaktion dieses Artikels, derselbe seinen Zweck vollständig verfehlt hat. Anstatt zu beruhigen, hat er in weite Schichten der Bevölkerung Beunruhigung getragen. Es mußte der Glaube erweckt werden, als ob die Probefahrten unserer Kriegsschiffe benutzt würden, um die Haltbarkeit der Maschinentheile gewissermaßen an dem Personal zu erproben. Nun ist ja inzwischen seitens der Marineverwaltung in der ausgiebigsten Weise dargethan worden, daß bei Schiffsbauten für die kaiserliche Marine jede nur denkbare Vorsicht angewendet, jeder einzelne Maschinentheil aufs sorgfältigste erprobt werde; aber bedauerlich bleibt es doch, daß überhaupt der Anschein des Gegentheils entstehen konnte. Denn das Leben des letzten Schiffsjungen darf nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. — Wie aber auch die Untersuchung abschließt, eines müssen wir schon jetzt lernen aus den Mittheilungen in der Budgetkommission, nämlich, daß bei dem Bau auf dem Vulkan es gemangelt hatte an dem nöthigen amtlichen Aufsichtspersonal. Es ist eine Thatsache, daß über den Bau von vier Schiffen nur ein einziger Beamter die Aufsicht führte. Die Mehrheit der Kommission hat unter dem Eindruck gestanden, daß hier etwas versäumt worden ist, und die Meinung hat sich gebildet, daß es besser gewesen wäre, wenn weniger Schiffe gleichzeitig gebaut worden wären. Ich bin bereit, mein Urtheil über das Unglück auf der „Brandenburg" bis zum Abschluß der gerichtlichen Untersuchung zu vertagen, bitte Sie aber auch, die Bewilligung von Schiffsvermehrungen ebenfalls zu vertagen. (Beifall links.)

Das Kapitel „Marinekabinet" wird bewilligt, ebenso das Kapitel „Reichsmarineamt" nach den Beschlüssen der Kommission. — Die Kommission hat bei den beiden Kapiteln insgesammt 17 800 Mark abgesetzt, welche sich auf Bureaukosten und neue Beamtenstellen vertheilen.

In dem Kapitel „Betrieb der Flotte" beantragt die Kommission im Ganzen abzusetzen für die Indienststellung der Schiffe rund 500 000 Mk.

Berichterstatter Abg. Dr. **Lieber** theilt über die Verhandlungen in der Kommission mit, daß man sich dort für eine vermehrte Indienststellung der Schiffe ausgesprochen habe entgegen einem Antrage Richter, 1½ Millionen abzusetzen. Die Indienststellung sei wichtig für die kriegstüchtige Ausbildung der Matrosen. Man könne diesen Grundsatz aber auch bethätigen bei einer Minderbewilligung um 500 000 Mk.

Abg. **Richter** (Frs. Vpt.): Wir sind im allgemeinen von dem Grundsatze ausgegangen, Anträge, die in der Budgetkommission eine Mehrheit nicht gefunden haben, hier im Hause nicht wieder aufzunehmen. Beim Marineetat können wir aber diese Richtschnur nicht innehalten, weil wir unter dem Eindruck stehen, daß die Budgetkommission sich dem Marinetat gegenüber freigebiger verhalten hat, als nach der Sache und nach der Finanzlage gerechtfertigt ist. Ich muß daher den Antrag aus der Kommission wieder aufnehmen, der einen größeren Abstrich bei der Indienststellung bezweckt, als ihn die Kommission genehmigt hat. Wir beantragen, anstatt 500 000 die Summe von 1 500 000 Mark zu streichen. Selbst wenn diese 1 500 000 M. abgesetzt werden, so würden noch immer 630 000 M. mehr bewilligt als im vorigen Jahre für die Indienststellung der Schiffe. Der Abstrich im vorigen Jahre hat sich auf 600 000 Mark belaufen, also würde der Effekt unseres Antrags noch immer der sein, dasjenige Maß von Indienststellung zu ermöglichen, was der Marineverwaltung im laufenden Etat zwar nicht bewilligt, aber von ihr gefordert worden ist. Die Gesammtkosten der Indienststellung würden nach unserem Antrage nur eine Verminderung von 7 bis 8 Prozent erfahren. Durch einen solchen Abstrich würden die Grundlagen der Indienststellung nichts weniger als erschüttert werden. Die allgemeine Wendung, daß der kriegerische Werth der Flotte mit der Indienststellung zusammenhängt, kann man ja nicht bestreiten, aber auf Grund dieser allgemeinen Wendung käme man auch dazu, die 500 000 M. zu bewilligen, die die Kommission abgelehnt hat, ja sogar etwas zu den Forderungen der Regierung noch hinzu zu setzen. (Sehr richtig! links.) Allerdings findet eine Erweiterung der Flotte von Jahr zu Jahr statt und zu diesem Zwecke ist auch eine planmäßige Personalvermehrung vorgesehen. Die dritte Rate dieser Personalvermehrung greift in diesem Jahre Platz. Aber das Maß von Indienststellung, was auch die Kommission bewilligen will, greift weit hinaus über das Maß der planmäßigen Personalvermehrung, und es kann nur durch außergewöhnliche Heranziehung des Personals erreicht werden, oder, wie aus dem Etat sich ziffernmäßig ergiebt, dadurch, daß man von dem gesammten Personal der Marine statt wie bisher 60 nunmehr 65 Prozent einschifft. Auch unter Aufrechterhaltung derjenigen planmäßigen Indienststellungen, die vor zwei Jahren beschlossen worden sind, lassen sich größere Abstriche ermöglichen. Ich habe schon in der Kommission hervorgehoben, daß man das Kreuzergeschwader um ein Schiff, also auf drei Kreuzer, vermindern könnte. Ebenso wäre es möglich, die ostafrikanische Station mit einem Schiffe weniger zu besetzen, da, nachdem der Sultan von Zanzibar seine Souveränetät verloren hat, ein Grund für das größere Geschwader fortgefallen ist. Dazu kommt die Vermehrung der Schutztruppe in Ostafrika selbst. Nun sollen auch zwei Kreuzer der Panzerflotte beigegeben werden. Ich sehe nicht ein, warum mit dieser Indienststellung schon in diesem Jahre begonnen werden soll. Wenn eine verstärkte zweimonatliche Indienststellung zu einer außerordentlichen Uebung nöthig ist, so muß man dafür die normale Indienststellung beschränken. Wir halten es auch nicht für nothwendig, daß die kaiserliche Yacht „Hohenzollern" das ganze Jahr in Dienst gestellt wird. (Zustimmung links.) Wenn ihre Indienststellung auf vier Monate beschränkt wird, so ist schon daraus eine Ersparniß von 240 000 M. möglich. Indessen unsere Aufgabe ist es ja nicht, im Einzelnen zu bestimmen, welches Schiff in Dienst gestellt werden soll oder nicht, sondern diese Ausführungen sind nur Motive, um darzuthun, wo eine Ersparniß möglich ist. Je nach den Verhältnissen ist es Aufgabe der Marine, da zu sparen, wo sie es für zulässig erachtet. Von den 3 Millionen Mehrkosten des diesjährigen Ordinariums fallen reichlich zwei Drittel auf die Mehrkosten der Indienststellung. Wir müssen aber das Anwachsen des Ordinariums zurückzuhalten suchen, damit es sich nicht in dem Maße fortsetzt, wie in den letzten Jahren. In vier Jahren ist das Ordinarium von 41 auf 51 Millionen angewachsen, also um 25 Prozent. Wir halten eine weitere Steigerung nicht für angezeigt, darum wollen wir 1½ Millionen streichen. (Beifall links.)

Abg. Dr. **Bachem** (Ctr.): Die Abstriche im Marineetat sind prozentual ganz erheblich höher als die im Militäretat. (Redner sucht dies durch Gegenüberstellung der betr. Zahlen zu beweisen). Ich hätte von meinem Standpunkt aus gar nichts dagegen einzuwenden, wenn es der Kommission gelungen wäre, mehr zu streichen. Denn bei der augenblicklichen Finanzlage ist jeder Abstrich, selbst jede Ausgabeverschiebung ein Gewinn. Wenn wir jedoch über den Kommissionsbeschluß hinaus Abstriche am Marineetat machen wollten, so könnte sich das rächen, da es kommen kann, daß nicht Schiffe genug vorhanden sind, um sie dorthin zu schicken, wo es das auswärtige Amt für nöthig hält.

Abg. **Richter** (Freis. Vp.): Hier kommt es nicht darauf an, die Ziffern zu vergleichen, sondern es kommt darauf an, welche Bedeutung die Ziffern haben. Im Militäretat haben wir viele Ausgaben gestrichen, welche in diesem Jahre noch nicht zahlbar waren, sondern erst im nächsten Jahr realisirt worden wären. Es handelte sich also um kalkulatorische Abstriche. Die Kommission hat aber in diesem Jahre die Inangriffnahme von drei Schiffen zugestanden, welche ein Engagement von 39 Millionen darstellen. Es handelt sich bei unserem Antrag keineswegs darum, die Indienststellung der für den Schutz des Handels nothwendigen Schiffe einzuschränken.

Staatssekretär **Hollmann:** Ich wüßte nicht, an welcher Stelle wir streichen sollen. Wir haben uns strikte an den Flottengründungsplan gehalten und stehen auf dem Standpunkt der Denkschrift, wonach mindestens immer die Hälfte der vorhandenen Panzerschiffe in Dienst gestellt werden solle. An der Ausbildung darf nichts gekürzt werden, wenn nicht die Thätigkeit unserer Marine leiden soll. Summa Summarum: bewilligen Sie voll, was wir verlangen.

Der Antrag der Budgetkommission wird gegen die Stimmen der Freisinnigen Volkspartei, der süddeutschen Volkspartei, der Sozialdemokraten und einiger wenigen Centrumsabgeordneten angenommen. Damit ist der Antrag Richter hinfällig geworden.

Bei dem Kapitel „Instandhaltung der Flotte und Werftanlagen," welches von der Kommission um 106 850 M. gekürzt ist, bemerkt auf eine Anregung des Abg. Kruse (ntl.)

Staatssekretär **Hollmann,** daß die Werkmeister auf den Werften außerordentlich günstig gestellt und noch in den letzten Jahren in ihrem Gehalt aufgebessert worden seien.

Das Kapitel wird nach den Kommissionsbeschlüssen bewilligt.

Beim Kap. „Waffenwesen und Befestigungen" bemerkt

Abg. **Legien** (Soz.): In der Torpedo-Werkstattverwaltung zu Friedrichsort bestehen Arbeiterausschüsse. Als diese nun ihre Meinung zum Ausdruck bringen wollten, wurden sie drangsalirt. Ferner bemängelt Redner, daß die Kantinenverwaltung, welche dort bestehe, das Bestreben habe Ueberschüsse herauszuschlagen. Beschwerden der Arbeiter im Arbeiterausschusse über die Eingriffe des Direktors in die Kantinenverwaltung seien fruchtlos gewesen. Der Direktor habe auch eine Zwangssparkasse eingerichtet. Was habe eine solche Zwangssparkasse für einen Sinn? Arbeiter seien doch keine Kinder, die zum Sparen gezwungen werden müßten.

Staatssekretär **Hollmann** nimmt den Direktor der Werkstattverwaltung in Schutz, der ein durchaus befähigter Mann sei und das Beste der Arbeiter im Auge habe. Thatsächlich seien die Arbeiter der Werkstatt sehr zufrieden.

Das Kapitel wird bewilligt, ebenso der Rest des Ordinariums.

Vom Extraordinarium werden die Titel, welche die ersten Raten der Schiffsneubauten (1 Panzerschiff, 1 gepanzerter Kreuzer und 1 Aviso) betreffen, auf Antrag Schmidt-Elberfeld von der Tagesordnung abgesetzt.

Der übrige Theil des Extraordinariums wird durchweg nach den Beschlüssen der Kommission erledigt. Die Forderung von 3 444 000 M. zur artilleristischen Armirung einiger Panzerschiffe wird danach um 2 000 000 M. gekürzt, die Forderung von 822 000 M. zur Beschaffung von Geschützen, deren Zubehör und Munition für die Befestigungen an der unteren Elbe um 400 000 M., von dem Zuschuß zu den einmaligen Ausgaben im ordentlichen Etat 6 666 000 M. — Die Forderung für ein Trockendock in Kiel wird gemäß dem Antrage der Kommission ganz gestrichen.

Die Einnahmen werden debattelos bewilligt.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr (Etat des Eisenbahn- und Reichsschatzamts, Rest des Marineetats, zweite Berathung des Gesetzes über Aufhebung des Identitätsnachweises).

Schluß nach 5¾ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

31. Sitzung vom 8. März, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die Berathung des **Kultusetats** wird fortgesetzt beim Kapitel „Universitäten", und zwar beim Titel „**Berlin**",

Abg. **Szmula** (Ctr.) wünscht eine bessere Dotirung des zoologischen Museums. Die Käfer- und Schmetterlings-Sammlung wiesen zahlreiche Lücken auf. Die afrikanische Sammlung enthalte sehr schöne Exemplare, doch seien sie, da sie sich in den obersten Räumen befinden, dem Publikum noch nicht gezeigt worden. Redner beklagt darauf die häufigen Namensänderungen in der Naturwissenschaft.

Kultusminister Dr. **Bosse:** Ich danke dem Vorredner für

seine Anregungen, denen ich im Einzelnen Folge zu geben Veranlassung nehmen werde. Wenn wir aber einmal in eine allgemeine Erörterung dieser Erwägungen eintreten werden, so werde ich den Vorredner als sachverständigen Beirath zuziehen.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Breslau" bemerkt

Abg. Dr. **Graf** (nl.): Der Abg. Virchow hat gestern den abnehmenden Zuzug von Studirenden nach Berlin auf die Mangelhaftigkeit der wissenschaftlichen Einrichtungen zurückgeführt. Ein Grund dafür ist aber auch die lange Dauer des Examens. Warum Referendararbeiten nicht zu Doktordissertationen verwandt werden sollen, sehe ich nicht ein. Redner bemängelt darauf die Einrichtung der klinischen und sonstigen medizinischen Anstalten in Breslau, die zum Theil bis 4 Kilometer von einander entfernt liegen. Eine Vereinigung dieser Anstalten ist nothwendig.

Geh. Rath **Althof** erklärt, daß auch die Regierung die Wünsche des Vorredners als begründet anerkenne, daß aber deren Erfüllung von der allgemeinen Finanzlage abhänge.

Abg. Dr **Friedberg** (nl.) tadelt die beabsichtigte Verlegung des Anatomiegebäudes in Breslau nach dem Mozgarten. Zu den Regulirungsarbeiten möge die Stadt mit einem Beitrage herangezogen werden. — Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Göttingen" beklagt

Abg. **Eckels** (nl.) den großen Zuzug der Studenten nach den großen Universitäten. Das habe seinen Grund in der pekuniären Bevorzugung der großen Universitäten.

Minister **Dr. Bosse** erwidert, daß man bestrebt sein werde, auf den kleineren Universitäten mustergiltige Institute zu gewähren. — Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Bonn" bringt

Abg. Graf **Hönsbröch** (Ctr.) die Frage der katholischen Studentenverbindungen zur Sprache. Die katholischen Studentenverbindungen Bonns waren nicht in der Lage, bei einem Kaiserkommers einem Toast auf den Fürsten Bismarck beistimmen zu können. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.) Dazu bestimmte sie ihr politisches Feingefühl. Vom Rektor wurde die Genehmigung zur Abhaltung eines besonderen Kommerses nicht ertheilt. Dabei äußerte sich aber der Rektor Prof. Camphausen, daß die katholischen Verbindungen durch ihre Existenz den Frieden der Konfessionen gefährden, daß sie also nicht existenzberechtigt seien. Wer einen solchen Standpunkt einnimmt, dem fehlt der richtige Maßstab für die Beurtheilung der deutsch-studentischen Eigenthümlichkeiten. Das Urtheil des Rektors war sachlich und formell ganz unrichtig, formell sogar sehr verletzend. Die katholischen Verbindungen sind bemüht, alle konfessionellen Differenzen zu vermeiden. Die Eltern sehen mit großer Bekümmerniß ihre Söhne auf die Universität ziehen und fürchten bezüglich der Gefährdung des christlichen Glaubens. Es ist für die Eltern darum von größter Bedeutung, daß sie wissen, ihre Söhne treten in Korporationen ein, wo katholischer Glaube, katholische Sitte gepflegt wird. Andern konfessionellen Verbindungen wird dieser Vorwurf nicht gemacht, z. B. dem Wingolf oder der studentischen Gruppe des evangelischen Bundes. Thatsächlich liegt die Sache so, daß in den Wingolf nur evangelische Studenten aufgenommen werden.

Abg. **Olzem** (nl.): Im Gegensatze zu den Ausführungen des Vorredners kann ich die Anrede des Bonner Rektors nur billigen. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Es waren gesunde Worte, die da gefallen sind. Schade nur, daß sie erst heute an die Studenten gerichtet worden sind. Ich fasse aber diese Anrede so auf, daß sie gegen alle konfessionellen Verbindungen gerichtet war, auch gegen die evangelischen Führer kannten wir so etwas nicht. Da wußte ein guter Freund auf der Universität vom andern nicht, ob er Katholik oder Evangelischer war. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Als konsequenter Mann wird Herr Bachem schließlich noch den Antrag stellen, die jetzigen Regimenter aufzulösen und konfessionelle Regimenter zu bilden. (Unruhe im Centrum) Es macht einen merkwürdigen Eindruck, wenn diese Verbindungen bei jeder Gelegenheit mit dem Schläger paradiren. Wie kann es Graf v. Hönsbröch als politische Feinfühligkeit ansehen, wenn sich die Betreffenden dem Beschlusse der Mehrheit auf Ausbringung eines Toastes auf den Fürsten Bismarck nicht fügten. Unter diesen Leuten befinden sich doch auch Juristen. Was für Verwaltungsbeamte werden das werden. (Beifall bei den Nationalliberalen, Zischen im Centrum.)

Abg. Dr. **Porsch** (Centr.): Man hat Jahre lang im Westen die Toaste auf den Fürsten Bismarck namentlich am Sedanfest dazu benutzt, um das katholische Gefühl zu verletzen und die Gefühle der Katholiken mit Füßen zu treten. (Lebhafter Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Darum haben sich die katholischen Verbindungen von solchen Festen ferngehalten. Wir halten die katholischen Korporationen nicht blos für existenzberechtigt, sondern auch nothwendig. Die Korporationen sind nicht gegründet worden, um konfessionelle Streitigkeiten hervorzurufen — Herr Olzem denkt immer an Streitigkeiten — sondern um die Mitglieder auf dem Boden des Glaubens zu erhalten. Ich gehörte während meiner Studentenzeit auch einer katholischen Korporation an, aber Streitigkeiten sind nicht vorgekommen. Abg. Olzem tadelt es, daß diese Studenten jederzeit mit dem Schläger paradiren. Ja, warum trägt denn Herr Olzem als Landgerichtsrath seine Uniform mit dem Säbel an der Seite. (Heiterkeit.) Die Anrede des Rektors war eine beleidigende und für die Existenz der katholischen Korporationen beunruhigende. Ich möchte den Minister bitten, in dieser Beziehung eine beruhigende Erklärung abzugeben.

Abg. **Vopelius** (frk.): Auch wir bekämpfen konfessionelle Verbindungen. Gäbe es rein evangelische Verbindungen, so paßte die Rede des Rektors auch auf sie, und wenn Professor Camphausen in dieser Richtung vorgehen wollte, so würde es meinen politischen Freunden sehr sympathisch sein.

Abg. **Nadbyl** (Ctr.): Die fleißigsten Studenten sind diejenigen in den katholischen Vereinen und Verbindungen (Widerspruch rechts und bei den Nationalliberalen). Ich habe zu meiner Zeit in den Kollegien sehr wenig Korpsmützen gesehen, wohl aber Mützen von Burschenschaften und katholischen Verbindungen. Es ist bis jetzt in Deutschland nicht Sitte gewesen, daß bei Festen, wo der Träger der Krone gefeiert wird, noch ein anderer neben ihm gefeiert wird. Die katholischen Verbindungen wollten sich nur an der Feier für den Kaiser betheiligen. Viele Mitglieder der katholischen Studentenverbindungen haben auf dem Schlachtfelde ihr Leben gelassen. Gegen das Duell kehren sich die Verbindungen, weil es die katholische Kirche und der Staat verbietet, und weil es eine Rohheit ist.

Abg. **v. Eynern** (nl.): Die Frage ist so unbedeutend, daß man nicht begreifen kann, wie die Herren darüber so lange reden können. Eine Privatäußerung eines Professors wird so behandelt, als ob es sich um eine weltbewegende Frage handelt. Die Anrede, die Graf Hönsbröch angeführt hat, ist nicht in dieser Weise vor sich gegangen, die Sätze sind aus dem Zusammenhang gerissen. Wenn Studenten zu einem Rektor kommen mit der Mittheilung, daß sie an einem Kaiserkommers nicht theilnehmen können, weil ein Toast auf den Fürsten Bismarck ausgebracht werden soll, da werden Sie doch zugeben, daß ein patriotischer Mann darüber in Erregung gerathen kann, daß die katholischen Studenten nicht einen Toast auf einen Mann, der der Begründer des deutschen Reiches ist, auf den ersten deutschen Staatsmann ausbringen wollten, der auch den höchsten Orden Sr. Heiligkeit des Papstes trägt. (Große Heiterkeit.) Der Rektor hat nach guten Informationen gesagt, er halte es für den konfessionellen Frieden für besser, wenn Juristen und Mediziner sich nicht in Verbindungen zusammenschlössen, um energisch die katholischen Interessen zu verfolgen. Die Studenten sollten doch Fachwissenschaften pflegen, die außerhalb der Theologie lägen und doch nicht konfessionell seien. Auf evangelischer Seite beständen solche Verbindungen nicht, und sollten sie sich bilden, würde er das nicht billigen. (Hört, hört! rechts.) Gegen katholische Theologenvereine wäre nichts zu erinnern. Die Studenten hatten auch zunächst nicht das Gefühl, daß sie beleidigt worden sind in ihrem katholischen Bewußtsein; sie hielten ihren Kommers allein ab, luden den Rektor dazu ein, der auch erschien. (Unruhe bei dem Centrum.) Erst später hat sich die katholische Aktionspartei vermittelst eines Blattes der Sache bemächtigt und sie entstellt. Sie können daraus die Methode entnehmen, wie sie das Centrum zu üben pflegt. Das ist das Studentenmaterial, von dem das Centrum verlangt, daß es in die höchsten Verwaltungsstellen befördert wird. Der preußische Staat müßte sich selbst ins Gesicht schlagen, wenn er einen derartigen Gedanken auch nur aufkommen ließe. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Kultusminister **Dr. Bosse:** Ich habe zu der Frage schon Stellung genommen, ehe ich ahnen konnte, daß diese rein interne Universitätsangelegenheit (sehr richtig! bei den Nationalliberalen) hier zum Gegenstand einer so großen Debatte gemacht werden würde. Zunächst muß ich konstatiren, daß die Darstellung des Thatbestandes durch den Grafen Hönsbröch vollkommen richtig ist (große Unruhe bei den Nationalliberalen) bis zu dem Augenblick, wo die Unterredung stattgefunden hat. (Anhaltende Heiterkeit.) Der Bericht des Rektors Camphausen lautet: „Ich habe gesagt, ich weiß nicht, worauf Sie Ihre Existenzberechtigung stützen wollen. Katholisch-theologische Vereine, die sich mit ihrer Fachwissenschaft beschäftigen, finde ich ganz in der Ordnung. Wenn sich aber Juristen und Mediziner zur farbentragenden Verbindung zusammenschließen, um energisch die katholischen Interessen zu vertreten, so ist das ein Vorgehen, das auf evangelischem Gebiet kein Analogon hat, ein Hinübertragen des konfessionellen Gegensatzes auf ein Gebiet, wohin er nicht gehört. Wollten Sie im Interesse des konfessionellen Friedens handeln — ich weiß natürlich, daß Sie das nicht thun werden —, so muß ich Ihnen den Rath geben, daß Sie sich auflösen. Uebrigens kann ich Sie als Vertreter der katholischen Studentenschaft nicht anerkennen, da auch außer Ihnen sich sehr viele katholische Studenten auf der Universität befinden." Er fügt hinzu: „Freundlich habe ich mit den Studenten gesprochen, von schwerer Beleidigung kann nicht die Rede sein." Beleidigt schienen sich die Studenten dadurch nicht gefühlt zu haben, wenn sie bald darauf den Rektor zu ihrem Kommerse freundlich einluden. (Hört, hört! bei den Nationalliberalen.) Inzwischen bemächtigte sich die Presse der Sache, und in Folge dessen erhoben vierzehn Tage später die Studenten beim Rektor Protest „gegen die zugefügten Beleidigungen". Der Rektor bezweifelte nicht die legale Existenz der betreffenden Verbindungen, sondern ihre innere Berechtigung und Zweckmäßigkeit. Er hatte ihre Einwirkung auf das konfessionelle, auf das akademische Leben im Auge Darüber können ja die Ansichten verschieden sein. Ich muß allerdings konstatiren, daß Thatsachen, aus denen sich ergiebt, daß katholische Studentenverbindungen den konfessionellen Frieden gefährdet hätten, zu meiner Kenntniß nicht gelangt sind. Besser wäre es allerdings gewesen, wenn der Rektor sich auf den Gegenstand, um den es sich handelte, auf die Ertheilung der Erlaubniß zu einem besonderen Kommerse, beschränkt hätte, namentlich mit Rücksicht auf die heutige Zeit. Uebrigens sind die Studenten bei Einreichung des Protestes dem Rektor mit einem sehr großen Freimuth entgegengetreten, der die besondere Nachsicht und das besondere Wohlwollen des Rektors voraussetzte. Sie sagten nämlich: „Ob man ein Einsehen hat in unsere Existenzberechtigung, ist uns ganz gleichgiltig, jedenfalls haben wir katholischen Studenten genug Einsehen für unsere Berechtigung, und das genügt uns." Wenn man die beiden Aeußerungen unter demselben Gesichtspunkte betrachtet, kann man wohl sagen: es ist hier eine Kompensation eingetreten. (Heiterkeit und Beifall.)

An der weiteren Debatte über diesen Gegenstand betheiligen sich die Abgg. Dr. **Friedberg** (nl.), Dr. **Porsch** (Centr.), Graf **Hönsbröch** (Ctr.), Frhr. **v. Plettenberg** (kons.), **Eckels** (natl.), **Danzenberg** (Ctr.), **Brandenburg** (Ctr.). — Der Titel wird bewilligt.

Die Resolution, die Regierung zu ersuchen, in Erwägung zu nehmen, ob nicht in Zukunft von der Anstellung von Universitätskuratoren im Hauptamt abgesehen werden könne, wird angenommen.

Damit ist das Kap. „Universitäten" erledigt.

Beim Kap. „Höhere Lehranstalten" bemerkt

Abg. **Wetekamp** (Freis. Vp.): Nach Einführung des Normaletats herrschte unter den Lehrern große Befriedigung, obwohl durch die gleichzeitige Erhöhung des Schulgeldes ein gewisses Odium auf die Lehrer fiel. Leider ist durch den Erlaß, der die Pflichtstunden der Lehrer erhöht, neue Mißstimmung entstanden. An verschiedenen Orten hat sich auch schon diese Maximalstundenzahl ist höchst störender Weise geltend gemacht. Unter- und Obertertia, Unter- und Obersekunda haben kombinirt werden müssen. Durch die Verfügung tritt eine Mehrbelastung, aber zugleich eine Verminderung des Gehalts der Lehrer ein, da weniger Lehrer die Funktionszulage von 900 Mark erhalten. Ich möchte den Minister bitten, den Erlaß rückgängig zu machen, die frühere Maximalziffer von 21—22 Stunden wieder einzuführen und auch die Maximalschülerzahl nach den Dezemberbeschlüssen festzusetzen. Aus Pommern kommen Klagen, daß zu wenig Lehrer die Funktionszulage bekommen. Allgemein wird geklagt darüber, daß die Lehrer nicht nach der Anciennität angestellt werden. In der Lehrordnung ist ein Mißstand, daß die Klassenlehrer zu häufig wechseln. Im Interesse des Unterrichts liegt es, daß die Lehrer möglichst weit mit den Schulen mitgehen. Die meisten Lehrer bleiben Jahrzehnte lang in den unteren Klassen, ehe sie nach den oberen kommen. Das ist besonders mißlich bei den Naturwissenschaftlern, die erst in einem Alter chemischen und physikalischen Unterricht ertheilen, wo sie das Experimentiren bereits verlernt haben. Die Stadt Frankfurt hat den Versuch gemacht, auf einem lateinlosen gemeinsamen Unterricht ein Gymnasium und Realgymnasium aufzubauen. Ich bitte den Minister, hier neue Versuche zu machen und vielleicht in jeder Provinz eine solche Anstalt zu errichten, damit die Frage in Fluß kommt und wenn wir wieder zu einer Reform kommen, wir praktische Erfahrungen gesammelt haben.

Geheimrath **Stauder** kann im allgemeinen eine Ueberlastung der Lehrer nicht zugeben. Es richte sich auch ganz nach den persönlichen Verhältnissen der Lehrer, auf die stets Rücksicht genommen werde.

Abg. Dr. **Kropatscheck** (k.) hält pädagogische Erörterungen in diesem Hause für ziemlich unersprießlich. Es solle nicht verkannt werden, daß die Klagen der Lehrer vielfach berechtigt seien, aber die Art der Agitation sei bedenklich. Es wäre besser, wenn man den Schülern in den oberen Klassen erklärte, daß sie lange warten müßten, bis sie später eine Anstellung im Lehrfach erhielten.

Geheimrath **Stauder** legt dar, daß die Lehrer an höheren Lehranstalten in den letzten Jahren eine Gehaltsaufbesserung erfahren haben. Für die nächsten Jahre sei allerdings ein Ueberschuß an Lehramtskandidaten zu befürchten.

Abg. **v. Schenckendorff** (nl.) wünscht eine besondere Pflege der Realgymnasien, um die humanistischen Gymnasien zu entlasten.

Minister Dr. **Bosse** sagt die Berücksichtigung dieses Wunsches zu.

Abg. **Seyffardt**-Magdeburg (ntl.) tritt den Ausführungen des Dr. Kropatscheck entgegen. Auf die Lage der Lehrer habe man nicht genügend Rücksicht genommen, trotzdem durch den Fonds zur Durchführung des Normaletats bedeutende Ersparnisse gemach worden sind.

Abg. Dr. **Graf** (ntl.) wünscht ebenfalls Besserstellung der Gymnasiallehrer.

Abg. Dr. **v. Jazdzewski** (Pole) wünscht größere Berücksichtigung des polnischen Literaturunterrichtes.

Minister Dr. **Bosse** hält den bestehenden Unterricht für ausreichend. Derselbe richte sich allerdings nicht ausschließlich auf polnische Literatur, sondern erstrecke sich auch auf andere Fächer.

Darauf wird die weitere Berathung auf Freitag 11 Uhr vertagt.

Schluß $4\frac{1}{4}$ Uhr.

Herrenhaus.

7. Sitzung vom 8. März, 1 Uhr.

Dem Gesetzentwurf, betr. die Geltung des Ausführungsgesetzes zum deutschen Gerichtsverfassungsgesetze in Helgoland ertheilt das Haus nach dem Antrag der Kommission debattelos ihre Zustimmung.

Der Bericht über die weitere Ausführung des Gesetzes vom 19. Dezember 1869, betr. die Konsolidation preußischer Staatsanleihen wird durch Kenntnißnahme für erledigt erklärt.

Zu dem Gesetzentwurf, betreffend den Handel mit Antheilen und Abschnitten von Loosen zu Privatlotterien und Ausspielungen führt

Berichterstatter Dr. **Dambach** aus, daß in den letzten Jahren bei dem Handel mit derartigen Loosen vielfach Ausschreitungen hervorgetreten sind, die wiederholt Anlaß zu Beschwerden gegeben haben. Es sei das auch im Abgeordnetenhause zur Sprache gebracht worden und habe 1893 zu einer Resolution geführt, durch welche die Staatsregierung ersucht wird, darauf hinzuwirken, daß diese Mißstände abgestellt werden. Die Frage, ob der Entwurf etwa in die Kompetenzen des Reiches eingreife, mit Rücksicht darauf, daß die Reichsgewerbeordnung und das Strafgesetzbuch Bestimmungen über das Lotteriewesen enthalten, finde dadurch ihre Erledigung, daß diese Bestimmungen sich nur auf die Veranstalter von Lotterien und nicht auf den Zwischenhandel beziehen.

Der Entwurf wird unverändert angenommen.

Ueber die Petition des Rentiers C. Baumgart in Hannover und Genossen um Abänderung der Hannoverschen Städteordnung wird zur Tagesordnung übergegangen.

Der Bericht über die Nachrichten von der Verwaltung der preußischen Staatsbergwerke, -Hütten und -Salinen während des Etatsjahres 1892/93 wird durch Kenntnißnahme für erledigt erklärt.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr (kleinere Vorlagen).

Schluß $2\frac{1}{2}$ Uhr.

Deutschland.

□ **Berlin,** 8. März. [Centrum und Rechte. Miquels Agrarreform.] Nationalliberale und Ultramontane haben sich heute im Abgeordnetenhause drei Stunden lang die unangenehmsten Dinge gesagt, und dies um ein Nichts, um den Rath nämlich des Bonner Rektors Kamphausen an die katholischen Vereine, sich doch lieber aufzulösen, da konfessionelle Studentenvereine keine Existenzberechtigung hätten. Ein unbefangener Beobachter wird weder die Erregung der Centrumsleute über diesen Rathschlag noch die eifrige Vertheidigung des Professors Kamphausen gegen seine klerikalen Angreifer mitmachen wollen. Auch der Kultusminister, dem die Sache ja aus verschiedenen Gründen nicht angenehm sein kann, hat sich auf einen mittleren Boden gestellt, und man muß es ihm danken, daß er dieser Geschichte mit einer zuträglichen Dosis von Humor beigekommen ist, und mit all dem würdigen Ernste, der ihn im Allgemeinen ziert, nicht verschmäht hat, die Kölner Karnevalsstimmung in die Affaire hineinzuziehen. Die Konservativen haben sich an dem kräftigen Hin- und Herschießen zwischen Centrum und Nationalliberalen nicht betheiligt. Sie sind während der bisherigen Berathung über den Kultusetat dem Centrum und seinen Beschwerden überhaupt mit auffälliger Behutsamkeit begegnet. Ihr entschiedener Protest gegen die neuen Zugeständnisse an die Polen hat zwar den Schein eines Zusammenstoßes mit dem Centrum gebracht, da das Centrum jene Zugeständnisse nicht nur billigt, sondern auch ihre Erweiterung auf Oberschlesien verlangt. Aber es war das doch kein eigentliches Centrums-Anliegen, und die Degen wurden zudem zwischen den konservativen und ultramontanen Rednern mit gegenseitiger Schonung gekreuzt. Dafür konnte man beide Fraktionen in holdester Verschwisterung bei dem Verlangen nach einem konfessionellen Schulgesetz Zedlitzscher Faktur sehen. Centrum und Rechte machen im Abgeordnetenhause manchmal den Eindruck, als seien sie nur Unterabtheilungen eines und desselben parteipolitischen Verbandes. Man wird das später noch deutlicher zu fühlen bekommen, wenn erst die agrarpolitischen Wünsche in beiden Parteien die Gelegenheit zu stärkerer Betonung erhalten. Das Centrum, das im Reichstage „demokratisch" durchsetzt ist, erscheint im preußischen Abgeordnetenhause mit den bestimmenden Zügen einer konservativ-katholischen Partei, in der die agrarischen Interessen überwiegen. — — Die Rede des Finanzministers auf dem Festmahl des Landwirthschaftsraths macht Alles weniger als den Eindruck, daß Herr Miquel amtsmüde sei oder an maßgebenden Stellen für amtsmüde befunden werde. Herr Miquel hat als Grundzüge einer, nach dem Willen des Kaisers durchzuführenden Agrarreform Gedanken entwickelt, die man mit solcher Wucht nicht in die Oeffentlichkeit wirft, wenn man sich nicht sicher glaubt, sie auch durchführen zu können oder, richtiger, durchführen zu dürfen. Die Theilnehmer am Festmahl haben Herrn Miquel mit Beifall überschüttet, aber wenn die gehobene Stimmung des Augenblicks vorbei ist, dann wird den Herren Manches an den ministeriellen Verheißungen doch wundersam erscheinen. Schon die Aufnahme des Entwurfs über die Landwirthschaftskammern könnte der Staatsregierung zeigen, daß die Phantasie von „organischen", auf dem alten „germanischen" Recht beruhenden Reformen ihre Reizmittel verliert, wenn sie sich praktisch als bedenkliche Fesselung der Verfolgungsfreiheit des Eigenthümers darstellt.

— Nachdem der „Kladderadatsch" Wochen lang zwei Beamte des auswärtigen Amts, die er vorläufig als

„Austernfreund“ und „v. Spaetzle“ bezeichnete, „gemeinschädlicher Intriguen“ beschuldigt hatte, ohne irgend etwas Greifbares vorzubringen, hat er in der vorletzten Nummer die Herren Legationsräthe v. Holstein und v. Kiderlen-Waechter mit Namen genannt. Darauf erfolgte im „Reichsanzeiger“ die Erklärung, die Angriffe entbehrten jeder thatsächlichen Begründung. Sie erschienen lediglich als der Ausfluß einer unbekannten persönlichen Gegnerschaft, die sich scheue, offen hervorzutreten. Es genüge, dieselbe hiermit zu charakterisiren. Jetzt veröffentlicht die „Frankf. Ztg.“ eine Zuschrift der Redaktion des „Kladderadatsch“, unterzeichnet vom Redakteur Polstorff, welche die eigentliche Anklage gegen die beiden Herren enthält. Und was ist des Pudels Kern? Geh. Rath v. Holstein „ist vor 4 Jahren (d. h. nach der Entlassung des Fürsten Bismarck) gleich von Bismarck abgeschwenkt“, Legationsrath von Kiderlen, Preßdecernent im Auswärtigen Amt, „dessen Einfluß unglaublich weit reicht“, hat mit Herrn v. Holstein die letzten Jahre stets den Riß zwischen Kaiser und Bismarck zu erweitern gesucht; Herrn v. Schlözer aus Rom, Herrn v. Radowitz aus Petersburg weggebracht u. s. w. Nebenbei wird auch noch der preußische Gesandte in München, Graf Eulenburg, als ganz besonders gefährlich erwähnt, weil er persona gratissima beim Kaiser sei. Offenbar ist der Urheber dieser Angriffe der Ansicht, es wäre die Pflicht der genannten Herren gewesen, mit Bismarck gegen den neuen Kurs zu intriguiren. Daß Fürst Bismarck selbst der Anstifter dieser ernsthaften Komödie ist, erscheint auch uns ausgeschlossen. Graf Herbert Bismarck hat die bestimmte Erklärung abgegeben, daß er mit der Sache nichts zu thun habe. Die „Frkf. Ztg.“ trifft ohne Zweifel das Richtige, indem sie schreibt: „Es giebt aber Feinde dessen, was man den neuen Kurs nennt, die unter der bequemen Bismarckschen Flagge auch ohne Ermächtigung kämpfen, besonders wenn sie damit einer persönlichen Rache dienen können.“ — Das bedauerliche ist nur, daß sich der „Kladderadatsch“ zu diesem Spiel herabwürdigt.

W. B. **Stuttgart**, 8. März. Im Abgeordnetenhause begann heute die Generaldebatte über das Pensionsgesetz der Körperschaftsbeamten, das beide Häuser des Landtags verlangt hatten. Es handelt sich hierbei um eine jährliche Ausgabe von 260 000 Mark, wozu die Staatskasse 12½ Prozent beiträgt. Die Opposition hegte nur finanzielle Bedenken, indem sie auf die gestern eingebrachte Nothstandsvorlage und auf die bisher noch nicht gedeckten Militärkosten hinwies. Der Minister des Innern und mehrere Abgeordnete suchten die Bedenken zu widerlegen. Die Belastung der kleinen Gemeinden sei sehr gering, die Pensionirungen träten erst im Jahre 1901 ein. Morgen Fortsetzung.

Parlamentarische Nachrichten.

R. **Berlin**, 8. März. [Die Polen und der Handelsvertrag.] In der Handelsvertragskommission des Reichstags hat der Abg. v. Koscielski eine etwas befremdliche Rede gehalten. Er kann für die Abstimmung der Polen über den Handelsvertrag nicht bürgen. Die Herren fühlen sich durch die angekündigte Aufhebung der Staffeltarife irritirt und sie behalten sich die letzte Entschließung vor. In der polnischen Presse ist man offenherziger. Dort wird erklärt, die Polen würden den Handelsvertrag ablehnen, wenn nicht zum Ersatz für die Aufhebung der Staffeltarife eine allgemeine Ermäßigung der Eisenbahntarife für landwirthschaftliche Produkte eintrete. Ohne diese Bedingung würde die „Mehrzahl“ der Polen gegen den Vertrag stimmen. Das letztere klingt aus verschiedenen Gründen unwahrscheinlich, da die Polen den Fraktionszwang streng handhaben. Also werden entweder alle polnischen Abgeordneten oder gar keiner gegen den russischen Vertrag stimmen. Trotz der Kälte und Zugeknöpftheit der neuerlichen polnischen Aeußerungen will es uns nicht wahrscheinlich vorkommen, daß die Polen plötzlich zu Gegnern des Handelsvertrages werden sollten. Es stehen für sie viel zu große Interessen parteipolitischer wie allgemeinpolitischer Natur in Frage, als daß sie sich den Luxus der Opposition in einem Falle gestatten sollten, wo diese Gegnerschaft eine verhängnißvoll entscheidende werden könnte. Ueberdies haben die Polen nicht einmal den Versuch gemacht, die Bedingung einer allgemeinen Tarifermäßigung mit der Frage der Aufhebung der Staffeltarife zu verknüpfen. Was die Herren durch ihre Blätter sagen lassen, das konnten sie wirksamer und keineswegs ohne Aussicht auf Erfolg in der Kommission selber durch Herrn von Koscielski vorbringen. In der Mittwochsitzung der Kommission aber hat Herr von Koscielski geschwiegen, und auch heute hat er über die erwähnte Forderung kein Wort fallen lassen.

Aus dem Gerichtssaal.

* **Berlin**, 8. März. Den gegen das Verbot ihres Stückes „Nothwehr“ von der Schriftstellerin E. v. Schabelsky erhobenen Einspruch hat, wie schon im letzten Morgenblatte kurz gemeldet, das Oberverwaltungsgericht am Donnerstag zurückgewiesen und der Klägerin die Kosten der Klage auferlegt. In der Begründung heißt es: Das Stück spiele in der Gegenwart und behandle einen krassen Fall der Mißhandlungen beim Militär, mit dem jetzt gerade die Presse und die öffentlichen Verhandlungen sich beschäftigen. Es sei daher nicht zu bezweifeln, daß ein großer Theil der Zuschauer in der leidenschaftlichen Erregung, durch die sie durch die einzelnen Vorfälle im Stück gebracht würden, auch gegen den Staat und dessen Einrichtungen erbittert würden. Man werde nicht die Ausschreitungen einzelnen Personen, sondern dem ganzen Zustand in den Kasernen zuschreiben. Auch seien in dem Stücke die Vorschriften in Bezug auf die Beschwerden beim Militär falsch angegeben, überhaupt die Vorstellung erweckt, als ob die Stellung der Soldaten eine rechtlose sei. Es sei durch Aufführung des Stückes eine Gefahr für das Gemeinwesen vorhanden, ob es unmittelbar bei der Aufführung zu tumultuarischen Scenen kommen würde, wolle der Gerichtshof unentschieden lassen. Er müsse dem Verbot vom 11. Juni 1893 beipflichten.

Lokales.

Posen, 9. März.

* **Eine Alarmirung der Feuerwehr** fand gestern Nachmittag 1 Uhr nach dem Hause Schloßstraße 6 statt. Es war dort ein Haufen Packpapier in Brand gerathen, der aber von den Hausbewohnern rasch gelöscht wurde, so daß die Feuerwehr nicht in Aktion trat.

* **Sind Lehrlinge „Familienangehörige“?** Vor dem Gewerbegericht in Breslau hatte ein Koch, welcher einen Lehrling seines Prinzipals geschlagen hatte und deshalb sofort entlassen worden war, eine Forderung von 82 Mark gegen seinen Prinzipal erhoben. Er wurde mit seiner Klage abgewiesen, und zwar unter folgender bemerkenswerther Begründung: Nach § 123 Absatz 5 der Gewerbe-Ordnung können Gesellen und Gehilfen sofort entlassen werden, wenn sie sich gegen ihre Arbeitgeber oder deren Familienangehörige Thätlichkeiten oder grobe Beleidigungen zu Schulden kommen lassen. Der Vorsitzende führte nun aus, daß dieser Paragraph in diesem Falle Anwendung finde, denn der Lehrherr vertritt bei den Lehrlingen die Stelle des Vaters, und demnach können diese als Familienangehörige angesehen werden. — Nach dieser Deduktion müßten minderjährige Knaben oder Mädchen, die einen Vormund haben, als „Angehörige“ der Familie des Vormunds gelten; denn der Vormund vertritt bei den Minderjährigen die Stelle des Vaters.

Telegraphische Nachrichten.

Königsberg i. Pr., 8. März. Der Provinzial-Landtag bewilligte 70 000 Mark als Restbeitrag für das Kaiser Wilhelm-Denkmal. Der Vorsitzende des Komitees Graf Eulenburg theilte mit, daß das Denkmal zum 1. September d. J. fertiggestellt sein würde. Der Tag der Enthüllung würde vom Kaiser festgesetzt werden.

Rom, 8. März. Auf dem Montecitorio vor dem Gebäude der Deputirtenkammer explodirte heute Abend, eine Stunde nach Schluß der Kammersitzung, eine Bombe, wodurch die Fenster des Gebäudes zersprengt wurden. Die Detonation war sehr stark und wurde in verschiedenen Stadttheilen vernommen. Von den Passanten sollen zwei verwundet worden sein. Die Urheber der Explosion soll man bereits verhaftet haben. Die Bombenexplosion veranlaßte den Bruch aller Fenster des Kammergebäudes, auch der im Innern, sowie der Gebäude in der Umgebung. Nur einzelne Abgeordnete waren noch im Kammergebäude. Polizisten und Militär säuberten den Montecitorio von der Menschenmenge, welche sich sofort nach der Explosion daselbst ansammelte, und besetzten die Zugänge. Von den Passanten wurden zwei leicht und zwei schwer verwundet. Unter den Verhafteten befindet sich ein Verwundeter, den man für den Urheber der Explosion hält. Am Thatorte ist ein großes Loch in die Straße gerissen; außerdem sind Blutspuren sichtbar.

Rom, 8. März. Der Senat genehmigte mit 81 gegen 15 Stimmen die am 15. November 1893 in Paris unterzeichnete Münzkonvention. Während der Verhandlung sagte der Minister des Auswärtigen, Baron Blanc, er müsse, ohne der Entscheidung, welche das Kabinet seiner Zeit über die Münzfrage treffen könne, vorzugreifen, erklären, die Regierung meine, es sei den anderen Staaten, besonders Frankreich gegenüber, ein Beweis guter Politik und gesunden wirthschaftlichen Sinnes, guten Willen zu zeigen für jede Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen.

Paris, 8. März. Heute Vormittag wurden hier sieben Anarchisten verhaftet.

Paris, 8. März. Der Minister des Innern Raynal ließ den Deputirten Jaurès wissen, daß er heute dessen Anfrage betreffs der Unterstützungen, welche den Anarchisten von Kapitalisten und Priestern gewährt worden seien, nicht annehmen könne, da dieselbe nicht auf zuverlässigen Thatsachen zu beruhen scheine.

Paris, 8. März. Der Senat verhandelte über die Petition der Inhaber von portugiesischen Eisenbahn-Obligationen betreffend die Zahlungseinstellung der portugiesischen Eisenbahn-Gesellschaft. Der Berichterstatter Trarieux protestirte gegen das Dekret vom 5. Januar, das eine wahre Beraubung der französischen Gläubiger sei, und behauptete, Frankreich habe das Recht und die Pflicht zu interveniren, um die Achtung vor Verträgen überall da zu vertheidigen, wo französische Interessen in Frage kämen; schließlich verlangte Trarieux Aufklärungen von der Regierung. Ministerpräsident Casimir Périer antwortete, der Gesandte Bihourd habe im Januar gegen das vorgeschlagene Abkommen protestirt, und er selbst habe dem portugiesischen Gesandten in Paris sein Mißfallen ausgedrückt. Frankreich werde seiner Aufgabe, die Interessen seiner Angehörigen, wie stets, zu vertheidigen, nicht untreu werden. Portugal habe einen Delegirten mit neuen Vorschlägen nach Paris gesandt, mit dem die Gläubiger verhandeln würden. Die Regierung werde interveniren, um Letztere zu schützen. (Beifall). — Darauf wurde einstimmig eine Tagesordnung angenommen, durch welche die Petition der Regierung zur Prüfung überwiesen und das Vertrauen zur Regierung, daß sie die Interessen ihrer Landesangehörigen energisch vertreten werde, ausgedrückt wird.

London, 8. März. Der Präsident des Landwirthschafts- und Ackerbauamts, Gardner, hat aus Gesundheitsrücksichten seine Entlassung eingereicht; an seine Stelle wird voraussichtlich Herbert Gladstone treten. Zum ersten Kommissar der Arbeiten und öffentlichen Bauten soll Bryce ernannt werden.

London, 8. März. Das Ackerbauamt ernannte einen Ausschuß zur Prüfung der Frage, ob und welche Abänderungen in den gegenwärtigen Bestimmungen betreffend den Transit zu Wasser, sowie die Einschiffung und Landung des auf dem Küstenwege beförderten Viehes mit Erfolg vorgenommen werden können.

London, 8. März. Nach dem heutigen Bulletin befindet sich Gladstone besser; die Temperatur beträgt 99 Grad Fahrenheit, die Bronchitis hat nicht zugenommen.

Madrid, 8. März. Der Ministerrath wird sich in seiner heutigen Sitzung mit den Ergebnissen der Entsendung des Marschalls Martinez Campos und mit einigen anderen Fragen beschäftigen.

Sofia, 8. März. Dem Vernehmen nach begiebt sich die Prinzessin Maria Louise zur Herstellung ihrer Gesundheit in das Ausland, da ihr Fieberzustand eine Luftveränderung nöthig macht.

Washington, 7. März. Die demokratischen Senatoren des Finanzkomitees beendeten die Berathung der Zollvorlage, welche morgen dem Gesammtkomitee zugehen wird.

Rio de Janeiro, 7. März. Das Geschwader der Insurgenten verhält sich ruhig. Die Zahl der Erkankungen am gelben Fieber wächst.

Tanger, 8. März. Hinsichtlich der Zahlung der Entschädigung Marokkos an Spanien ist nunmehr eine Vereinbarung dahin getroffen worden, daß 5 Millionen Pesetas im laufenden Jahre gezahlt werden und der Rest von 15 Mill. in jährlichen Raten von 2 Millionen.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechdienst der „Pos. Ztg.“

Berlin, 9. März, Morgens.

Gestern Abend brannten im Osten Berlins drei große Fabrikgebäude nieder. Der Schaden beläuft sich auf mehrere hunderttausend Mark, ein Feuerwehrmann ist durch Herabstürzen schwer verletzt.

Wien, 9. März. Der Volkswirthschaftliche Ausschuß nahm unverändert die Regierungsvorlage, die provisorische Regelung des Handelsvertrages mit Rußland an, und beschloß im Plenum die dringliche Verhandlung der Angelegenheit zu erklären.

Rom, 9. März. Die auf dem Montecitorio geplatzte Bombe war aus Eisenblech hergestellt und mit einem Cylinderhut bedeckt. Fünf Personen sind verwundet, darunter 2 Soldaten. Drei Personen sind schwer verwundet, einer derselben wurde bereits das Bein amputirt. Ein anderer Schwerverwundeter wird im Hospital von der Polizei scharf bewacht, weil er aussagte, eine andere Person hätte ihm eine kleine Kiste übergeben und dies sei die explodirte Bombe gewesen. Der Montecitorio ist durch Truppen abgesperrt. Außer den zerbrochenen Scherben sind auch andere kleine Beschädigungen verursacht worden. — Den letzten Nachrichten zufolge wurden durch die Bombenexplosion 8 Personen verwundet, drei schwer, eine Person liegt im Sterben. Der leicht verwundete Maurer Polidori ist der That verdächtig, er wurde auf das Polizeibureau geführt und einem langen Verhör unterworfen.

Neapel, 8. März. In den letzten vier Tagen waren nach einer Meldung der „Voss. Ztg.“ heftige Schneestürme auf Sicilien. In Castiglione stürzten 74 Häuser ein, wobei drei Personen ums Leben kamen. Bei Biagrande sind vier Briganten erfroren aufgefunden worden, bei Valle verschüttete eine Lawine sieben Personen, von denen sechs getödtet wurden.

Dublin, 9. März. Die Führer der Parnelliten erklären in einem Manifeste, sie hätten kein Vertrauen auf Rosebery. Jetzt sei jede Hoffnung für das irische Volk verschwunden, da Gladstones Rücktritt aus dem Grunde hervorgegangen sei, Homerule fallen zu lassen.

Madrid, 9. März. Das Kabinet hat demissionirt; die Königin beauftragte Sagasta mit der Neubildung des Kabinets.

Washington, 8. März. Der Tarifentwurf, wie er jetzt der Finanzkommission unterbreitet war, enthält einige Abänderungen. Man glaubt, daß er in der neuen Form angenommen werden wird. Der Zoll auf Zucker ist auf 1 Cent und darüber per Pfund, der Zoll auf Kohlen und Eisenerze ist auf 40 Cents per Tonne festgesetzt.

Handel und Verkehr.

** **Danzig**, 8. März. Die Einnahmen der Marienburg-Mlawkaer Eisenbahn betrugen im Monat Februar 1894 nach provisorischer Feststellung 154 400 M. gegen 133 500 M. nach provisorischer Feststellung im Februar 1893, mithin mehr 40 900 M.

** **Frankfurt a. M.**, 8. März. Der argentin. Finanzminister hat, wie die „Frkf. Ztg.“ mittheilt, die hiesige Vertretung der Bondholders davon benachrichtigt, daß er 2 Millionen Pesos zahle als Abschlag auf die zweijährigen Rückstände der Eisenbahngarantien, welche sich auf 50 Mill. Frks. belaufen.

** **Bradford**, 8. März. Wolle ruhig, Mohairwolle fest, Garnspinner und Stofffabrikanten sind beschäftigter.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März 1894.

Datum Stunde.	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
8. Nachm. 2	754,9	W mäßig	bedeckt	+ 5,0
8. Abends 9	755,7	Windstille	wolkig	+ 1,0
9. Morgs. 7	750,9	SO leiser Zug	leicht bewölkt[1]	+ 1,0

[1]) Reif

Am 8. März Wärme-Maximum + 5,6° Cels.
Am 8. = Wärme-Minimum + 1,0° =

Wasserstand der Warthe.

Zu Posen am 8. März Morgens 2,44 Meter.
= = 8. = Mittags 2,44 =
= = 9. = Morgens 2,52 =

Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

Fonds-Berichte.

* **Berlin**, 8. März. **[Zur Börse.]** Anfangs war die Haltung der Börse fest und die günstige Stimmung wurde durch die steigende Bewegung der Kurse italienischer Werthe gefördert, ferner durch die Kundgebungen für neue Finanzgeschäfte, nicht minder durch die vom österreichischen Handelsminister jüngst in Aussicht gestellte Aera der Bahnverstaatlichungen. Auch die Steigerung des Silberpreises trug zur Befestigung der Tendenz bei. Im Allgemeinen war aber das Geschäft von vornherein nicht belebt. In der zweiten Börsenstunde trat eine Abschwächung ein und es vollzogen sich stärkere Abgaben in Banken und Bahnen. Auf dem deutschen Bahnenmarkt wurden die Aktien der östlichen Bahnen durch Nachrichten über einen unbefriedigenden Saatenstand in Rußland unter Druck gehalten und notirten wesentlich niedriger als gestern, obgleich das gestern verbreitete Gerücht, die Februar-Einnahme der Marienburger Bahn sei unbefriedigend, durch die Thatsachen widerlegt worden ist. Elbethalbahn stiegen wesentlich auf Verstaatlichungsgerüchte. Größere Realisationslust machte sich anfänglich auf dem Montanaktienmarkt bemerklich. Unter dem Einfluß des dadurch hervorgerufenen Kursdruckes kamen Gerüchte in Umlauf, der Bochumer Verein für Gußstahlfabrikation habe in den letzten Tagen Arbeiterentlassungen vorgenommen, ein Gerücht, das wir für wenig wahrscheinlich halten, da die großen rheinisch-westfälischen Werke nach unseren Informationen reichlich mit Aufträgen versehen sind und einzelne derselben es sogar ablehnen, auch zu den bereits gestiegenen Preisen Bestellungen anzunehmen. Kohlenwerthe konnten sich gut behaupten, wohl in der Hauptsache

auf die guten Tagesversandziffern für Kohlen in Rheinland-Westfalen und weil angenommen wird, daß mit besserem Rheinwasserstande die Versendungen nach dem Oberrhein noch zunehmen werden. (N. Z.)

Breslau, 8. März. (Schlußkurse.) Unbelebt.
Neue 3proz. Reichsanleihe 87,35, 3½ proz. L.-Pfandbr. 99,20, Konsol. Türken 24,00, Türk. Loose 103,50, 4proz. ung. Goldrente 96,90, Bresl. Diskontobank 99,25, Breslauer Wechslerbank 98,50 Kreditaktien 226,90, Schles. Bankverein 133,10 Donnersmarckhütte 102,25, Flöther Maschinenbau —,—, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 138,65 Oberschles. Eisenbahn 73,25, Oberschles. Portland-Zement 102,50, Schles. Zement 156,50 Oppeln. Zement 117,75, Kramsta 129,50 Schles. Zinkaktien —,—. Laurahütte 129,50, Verein. Oelfabr. 83,00 Oesterreich. Banknoten 163,95, Russ. Banknoten 220,25, Giesel. Cement 101,75 4proz. Ungarische Kronenanleihe 92,00, Breslauer elektrische Straßenbahn 127,50

London, 8. März. (Schlußkurse.) Ruhig.
Engl. 2¾proz. Consols 99½, Preußische 4proz. Consols —,—, Italien. 5proz. Rente 75, Lombarden 9¾, 4proz. 1889 Russen (II. Serie) 101¼, konv. Türken 24, österr. Silberr. —,—, österr. Goldrente —,—, 4proz. ungar. Goldrente 95¾, 4proz. Spanier 65⅛, 3½proz. Egypter 101, 4proz. unific. Egypter 103⅝, 4½ proz. Tribut-Anl. 105¼, 6proz. Mexikaner 61¾, Ottomanbank 14¾, Canada Pacific 68⅝, De Beers neue 15½, Rio Tinto 14⅞, 4proz. Rupees 58⅞, 6proz. fund. arg. A. 69½, 5proz. arg. Goldanleihe 64½, 4½proz. äuß. do. 40, 3proz. Reichsanleihe 88, Griech. 81er Anleihe 29½, do. 87er Monopol-Anl. 32½, 4proz. Griechen 1889er 23½, Bras. 89er Anl. 56¾, Platzdiskont 1⅝, Silber 27½.
Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20,60, Wien 12,60, Paris 25,36, Petersburg 25¼.

Frankfurt a. M., 8. März. (Effekten-Sozietät.) [Schluß]. Oesterreich. Kreditaktien 300¾, Franzosen 276¾, Lombarden 92⅛, Ungar. Goldrente 96,70, Gotthardbahn 158,50 Diskonto-Kommandit 190,80, Dresdner Bank 39,70, Berliner Handelsgesellschaft 135,00, Bochumer Gußstahl 134,10, Dortmunder Union St.-Pr —,—, Gelsenkirchen 148,80, Harpener Bergwerk 139,20, Hibernia 119,10, Laurahütte 128,00, 3proz. Portugiesen 22,00 Italienische Mittelmeerbahn 80,20, Schweizer Centralbahn 119,00, Schweizer Nordostbahn 109,70, Schweizer Union 78,80, Italienische Meridionaux 107,70, Schweizer Simplonbahn 60,30 Nordd. Lloyd —,—, Mexikaner 60,10, Italiener 75,70, Edison Aktien —. Fest.

Hamburg, 8. März. (Privatverkehr an der Hamburger Abendbörse.) Kreditaktien 300,80, Ostpreußen —,—, Diskonto-Kommandit 191,00, Laurahütte 126,50, Packetfahrt 99,40, Russische Noten 220,25, Italiener —,—, Dortmunder —,—, Lombarden —, Norddeutscher Lloyd —,—, Deutsche Bank 167,20, Berliner Handelsgesellschaft —,—, Marienburger 85,20. Fest.

Petersburg, 8. März. Wechsel auf London 93,55, Wechsel a. Berlin 45,70, Wechsel auf Amsterdam 77,35, Wechsel auf Paris 37,07½, Russ. II. Orientanleihe 102, do. III. Orientanleihe 102 do. Bank für auswärt. Handel 375, Petersburger Diskonto-Bank 485, Warschauer Diskonto-Bank —, Petersb. internat. Bank 529, Russ. 4½proz. Bodenkreditpfandbriefe 153½, Gr. Russ. Eisenbahnen 271¾, Russ. Südwestbahn-Aktien 113. Privatdiskont 5.

Bremen, 8. März. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleumbörse.) Still. Loko 4,85 Br.
Baumwolle. Ruhig. Upland middl. loko 39¼ Pf.
Schmalz. Fester. Wilcox 39 Pfg., Armour shield 38½ Pf., Cudahy 39 Pf., Rohe u. Brother (pure) — Pf., Fairbanks 33½ Pf.
Speck. Fester. Short clear middling loco 35.
Tabak. Umsatz: 1000 Packen St. Felix, 117 Seronen Carmen.

Hamburg, 8. März Zuckermarkt. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per März 12,90, per Mai 12,85, per Aug. 12,97½, per Okt. 12,30. Ruhig.

Hamburg, 8. März. Kaffee. (Schlußbericht). Good average per März 81½, per Mai 80½, per Septbr. 77¼, per Dezbr. 72¾. Behauptet.

Paris, 8. März. (Schluß.) Rohzucker behauptet, 88 Proz. loko 35,25. Weißer Zucker fest. Nr. 3 per 100 Kilogramm per März 37,75, per April 37,87½, per Mai-August 38,00, p. Oktob.-Januar 35,12½.

Paris, 8. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, p. März 20,20, per April 20,40, per Mai-Juni 20,60, per Mai-August 20,80. — Roggen ruhig, per März 14,20, per Mai-August 14,50. — Mehl ruhig, p. März 42,70, per April 43,00, p. Mai-Juni 43,60, per Mai-August 44,10. — Rüböl fest, per März 59,25, per April 59,00, per Mai-August 55,50, per Septbr.-Dezember 52,75. — Spiritus steigend, per März 38,25, per April 38,50, p. Mai-August 38,75, per Septbr.-Dezbr. 38,50. — Wetter: Bedeckt.

Havre, 8. März. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 25 Points Hausse.
Rio 7000 Sack, Santos 4000 Sack Rezettes für gestern.

Havre, 8. März. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Ko.), Kaffee, good average Santos, p. März 103,00, per Mai 100,50, p. Sept. 96,50. Ruhig.

Antwerpen, 8. März. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 12⅛ bez., 12¼ Br., per April 12¼ Br., per Mai 12¼ Br., per Sept.-Dez. 12¼ Br. Fest.

Antwerpen, 8. März. Getreidemarkt. Weizen behauptet. Roggen flau. Hafer weichend. Gerste ruhig.

Amsterdam, 8. März. Getreidemarkt. Weizen auf Termine p. März —, per Mai 148. Roggen per März 106, p. Mai 109, per Juli 109, p. Oktober 113. Rüböl per Mai 22½.

Amsterdam, 8. März. Bancazinn 43½.

Amsterdam, 8 März. Java-Kaffee good ordinary 51½.

London, 8. März. Chili-Kupfer 40 9/16, p. 3 Monat 41⅛.

London, 8. März. An der Küste 1 Weizenladung angeboten. Wetter: Regen.

Glasgow, 8. März. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 42 sh. 10½ d.

Liverpool, 8. März., Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 12 000 Ballen, davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. Stetig.
Middl. amerikan. Lieferungen: März-April 4 5/64 Käuferpreis, April-Mai 4 3/32 do., Mai-Juni 4⅛ Verkäuferpreis, Juni-Juli 4 9/64 Käuferpreis. Juli-August 44 11/64 do., August-September 4 3/16 do. September-Oktober 4 13/64 Verkäuferpreis, Oktober-November 4 13/64 d. Käuferpreis.

Liverpool, 8. März. (Offizielle Notirungen.) Amerikaner good ordinary 3 15/16, do. low middling 4 1/16, Amerikaner middling 4 3/16, do. good middling 4 5/16, do. middling fair 4⅝, Pernam fair 4¼, do. good fair 4 7/16, Ceara fair 4 3/16, do. good fair 4⅜, Egyptian brown fair 4⅜, do. do. good fair 4 11/16, do. do. good 5⅛, Peru rough fair —, do. do. good fair 5 11/16, do. do. good 5 13/16, do. do. fine 6 3/16, do. moder. rough fair 4⅝, do. do. good fair 4 15/16, good 5 5/16, do. smooth fair 4 3/16, do. do. good fair 4⅜, M. G. Broach good 4 1/16, do. fine 4 7/16, Dhollerah good 3 9/16, do. fully good 3 11/16, fine 3⅞, Oomra good 3 9/16, do. fully good 3 11/16, do. fine 3⅞, Scinde good fair —, do. good 2 15/16, Bengal fully good 3⅛, do. fine 3⅜.

Newyork, 7. März. Waarenbericht. Baumwolle in New-York 7⅝, do. in New-Orleans 7 5/16 Petroleum fest, do. in New-York 5,15, do. in Philadelphia 5,10, do rohes 6,00, do. Pipeline certifik., per April 82½. Schmalz Western steam 7,40, do. Rohe u. Brothers 7,65, Mais p. März 43½, do. p. April 43¼, do per Mai 43¼. Rother Winterweizen 64, do. Weizen per März 62½, do. Weizen p. Mai 64½, do. Weizen p. Juli 66⅞, do. Weizen p. Dez. 72⅛. — Getreidefracht nach Liverpool 2½. — Kaffee fair Rio Nr. 7 17½, do. Rio Nr. 7 p. April 16,10, do. Rio Nr. 7 p. Juni 15,50. Mehl, Spring clears 2,15. — Zucker 2 13/16. — Kupfer loko 9,75.

Chicago, 7. März. Weizen März 58¼, per Mai 60⅛. — Mais März 35⅝. — Speck short clear nom., Pork per März 11,52.

Telephonischer Börsenbericht.

Berlin, 9. März. Wetter: Schön.

Hamburg, 8. März. Salpeter loko 9,40, April erste Hälfte 8,90, April zweite Hälfte 8,75, Mai 8,50. Steigend.

Newyork, 8. März. Weizen per März 62⅛ C., per Mai 64¼ C.

Berliner Produktenmarkt vom 8. März.

Wind: WSW., früh + 3 Gr. Reaum., 758 Mm. — Wetter: Bewölkt.

Die Erregung, die sich unseres gestrigen Getreidemarktes bemächtigt und an der Nachbörse sogar noch eine Steigerung erfahren hatte, mußte bereits heute einer wesentlich ruhigeren Haltung Platz machen, nachdem die in der Schwebe befindlichen, gestern erwähnten gesetzgeberischen Maßnahmen inzwischen eine etwas kühlere Beurtheilung gefunden haben, und zumal das Ausland der hiesigen Haussebewegung nur geringe Gefolgschaft geleistet hat. Der Markt eröffnete für Weizen. wie für Roggen mit etwa gestrigen Nachbörsenpreisen, zum Theil auch noch etwas darüber, schwächte sich dann aber im weiteren Verlauf soweit ab, daß der Schluß keinerlei Besserung gegen gestrige 2 Uhrnotirungen mehr zeigt. Nur Hafer hat noch einen Fortschritt von ¼—½ M. behauptet, allerdings bei ganz beschränktem Verkehr; speziell für Mai-Lieferung bestand einige Deckungsfrage.

Roggenmehl war etwas matter. Gek. 1200 Sack.

Rüböl blieb fast geschäftslos und ohne Aenderung und auch Spiritus hat nur ganz geringen Verkehr bei ungefähr behaupteten Preisen. Gek. 20 000 Ltr. Spiritus.

Weizen loco 135—146 Mark nach Qualität gefordert, Mai 145—144,50 Mk. bez., Juni 146—145,50 Mk. bez., Juli 147 bis 146,50 Mk. bez., Sept. 148,75—148,50 M. bez.

Roggen loco 119—124 M. nach Qualität gefordert, guter inländischer 121—121,50 Mk. ab Bahn bez., April 125,75—125,25 Mark bez.., Mai 127,75—127 Mk. bez., Juni 128,50—127,75 Mk. bez., Juli 129,25—128,25 M. bez., Septbr. 132—131,50 M. bez.

Mais loko 107—118 M. nach Qualität gefordert, März 107 Mk. nom., Mai 105 Mk. bez., Juni 105,25 M. bez., Juli 105,25 M. bez., August 105,25 M. nom., Sept. 105,50 M. nom.

Gerste loco per 1000 Kilogramm 107—180 M. nach Qualität gef.

Hafer loko 134—177 M. per 1000 Kilo nach Qualität gef., mittel und guter ost- und westpreußischer 140—156 M., do. pommerscher, uckermärkischer und mecklenburgischer 140—157 M., do. schlesischer 140—156 M., feiner schlesischer, pommerscher und mecklenburgischer 160—172 M. ab Bahn bez., Mai 135,75—135,25 bis 135 M. bez., Juni-Juli 134—133,75 M. bez.

Erbsen Kochwaare 160—190 M. per 1000 Kilogr., Futterwaare 138—152 Mk. per 1000 Kilo nach Qual. bez., Viktoria-Erbsen 210—225 M. bez.

Mehl. Weizenmehl Nr. 00: 19,25—17,00 M. bez., Nr. 0 und 1: 16,25—14,00 M. bez. Roggenmehl Nr. 0 und 1: 15,75 bis 15 M. bez., März 15,80—15,65 Mk. bez., Mai 16,15—16 Mk. bez., Juni 16,25—16,15 M. bez., Juli 16,40—16,30 M. bez.

Rüböl loko ohne Faß 44 Mk. bez., März 44,6 Mk. bez., April-Mai 44,6 M. bez., Mai 44,8 M. bez., Oktober 45,5 M. bez.

Petroleum loko 18,60 M. bez.

Spiritus unversteuert zu 50 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Faß 50,9 M. bez., unverst. zu 70 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Faß 31,2 M. bez., März 35,3—35,4 M. bez., April 35,9—36 bis 35,9 M. bez., Mai 36,2—36,3—36,1—36,2 Mk. bez., Juni 36,6 bis 36,5—36,6 M. bez., Juli 37—36,9—37 Mk. bez., August 37,4 bis 37,3—37,4 M. bez., Septbr. 37,7—37,6—37,7 M. bez.

Kartoffelmehl März 14,75 M. Gd.

Kartoffelstärke, trockene, März 14,75 M. Gd.

Die Regulirungspreise wurden festgesetzt: für Roggenmehl auf 15,70 Mk. per 1000 Kilo, für Spiritus 70er auf 35,40 Mk. per 10 000 Ltr. Proz. (N. Z.)

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Rubel = 3,20 M. 1 Gulden österr. W. = 1,70 M. 7 Gulden südd. W. = 12 M. 1 Gulden holl. W. = 1 M. 70 Pf. 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf.

Bank-Diskonto		Wechsel v. 8. März.	
Amsterdam	5	8 T.	169,30 bz
London	3	8 T.	$20,44^{5}$ bz G.
Paris	2½	8 T.	81,20 bz B.
Wien	5	8 T.	163,90 bz
Petersburg	5½	3 W.	217,55 bz
Warschau	5	8 T.	217,95 bz
In Berl. 3. Lomb. 3½ u. 4.		Privatd. 1⅝ bz	

Geld, Banknoten u. Coupons.	
Souvereigns	20,42 bz
20 Francs-Stück	16,22 bz
Gold-Dollars	418^{5} G.
Engl. Not. 1 Pfd. Sterl.	$20,43^{5}$ G.
Franz. Not. 100 Frcs.	81,35 bz
Oestr. Noten 100 fl.	163,95 bz
Russ. Noten 100 R.	220,05 bz

Deutsche Fonds u. Staatspap.		
Dtsche. R.-Anl.	4	107,80 G.
do. do.	3½	101,50 G.
do. do.	3	87,30 B.
Prss.cons.Anl.	4	107,90 B.
do. do.	3½	101,70 bz
do. do.	3	87,30 G.
do. Scrips. int.		
Sts.-Anl. 1868	4	101,60 G.
Sts.-Schld-Sch	3½	100,00 G.
Berl.Stadt-Obl	3½	99,00 bz
do. do. neue	3½	99,10 bz
PosenerProv.-Anl.-Scheine	3½	97,00 G.
Pfandbriefe: Berliner	5	115,50 G.
do.	4½	108,00 G.
do.	4	105,10 G.
do.	3½	99,60 G.
Ctrl.Ldsch	4	
do. do.	3½	98,80 bz G.
Kur.u.Neumrk. neue	3½	99,30 bz G.
do.	4	
Ostpreuss	3½	97,00 bz
Pommer.	3½	99,00 bz G.
do.	4	102,80 bz
Posensch.	4	102,90 G.
do.	3½	98,50 G.
Schls. altl.	3½	99,10 G.
do. do.	4	
ldschl Lt.A	3½	99,10 bz
do.	4	
do.neu do.	3½	99,10 bz
do. do. C.	4	
Wstp Rittr	3½	97,60 bz
do.neu I.II.	3½	97,60 bz
Renten: Pommer.	4	103,60 G.
Posensch.	4	103,40 G.
Preuss.	4	103,40 G.
Schles.	4	103,40 G.
Bad.Eisenb.-A.	4	
Bayer. Anleihe	4	107,30 G.
Brem. A. 1892	3½	98,00 B.
Hmb.Sts.Rent.	3½	99,30 G.
do. do. 1886	3	87,00 B.
do.amort.Anl.	3½	
Sächs. Sts.Anl.	3½	
do. Staats-Rnt.	3	86,90 G.
Prss.Präm-Anl	3½	120,60 G.
H.Pr.-Sch.40T	—	
Bd. Präm.-Anl.	4	136,50 bz B.
Bayr. Pr.-Anl.	4	141,40 bz

Brnsch.20T.L.	—	103,25 G.
Cöln-M. Pr.-A.	3½	131,90 B.
Dess. Präm.-A.	3½	
Ham. 50T.-L.	3	129,90 bz
Lüb. 50T.-L.	3½	127,00 G.
Mein. 7Guld-L.	—	26,40 B.
Oldenb. Loose	3	126,75 bz

Ausländische Fonds.		
Argentin. Anl.	5	46,70 bz
do. 1888	4½	41,25 bz
Bukar.Stadt-A.	5	95,70 G.
Buen. Air. Obl.	5	34,00 bz G.
Chines. Anl.	5½	104,25 bz B.
Dän.Sts.-A.86.	3½	97,50 B.
Egypt. Anleihe	3	
do. 1890	3½	
do. do.	4	
do. Daira-S.	4	
Finnländ. L.	—	
Griech. Gold-A	5	29,40 bz G.
do. cons. Gold	4	24,00 G.
do. Pir.-Lar.	5	26,60 bz G.
Italien. Rente	5	75,80 bz
Kopenh. St.-A.	3½	94,30 G.
Lissab. St.A.I.II	4	56,30 bz G.
Mexikan. Anl.	6	61,90 bz
Mosk. Stadt-A.	5	69,90 bz G.
Norw. Hyp-Obl	3½	
do. Conv.A.88.	3	
Oest. G.-Rent.	4	98,00 bz G.
do. Pap.-Rnt.	4 1/5	
do. do.	4 1/5	
do. Silb.-Rent.	4 1/5	94,60 G.
do. 250 Fl. 54.	4	146,50 bz G.
do.Kr100(58)	—	328,00 bz G.
do. 1860er L.	5	147,10 bz
do. 1864er L.	—	329,00 B.
Poln.Pf-Br. I-V	5	
do. do.	4½	67,00 B.
do. Liq.-Pf.-Br	4	64,75 bz
Port.A 88—89	—	31,30 bz G.
Raab-Gr.Pr.-A.	4	103,70 bz
Röm. Stadt-A.	4	80,25 bz G.
do. II. III. VI.	4	71,50 bz G.
Rum. Staats-A.	4	84,80 G.
do. Rente 90	4	86,25 bz G.
do. do. fund.	5	102,20 bz
do. do. amort.	5	97,00 bz G.
Rss.Eng.A. 1822 (1 Pfd. Stl. gl. 20 M.)	5	
do. 1859	3	
do. 1880	4	100,00 G.
do. 1887	4	
do. 1873		
do. 1875	4½	
do. 1889	4	
do. 1890	4	
Russ. Goldrent	6	
do.1884 stpfl.	6	109,40 bz
I. Orient 1877	5	
II. Orient 1878	5	68,90 bz
III. Orient 1879	5	68,50 bz
Nikolai-Obl.	4	
Pol. Schatz-O.	4	
Pr.-Anl. 1864.	5	166,00 bz
do. 1866.	5	154,10 bz
Bodkr.-Pfdbr.	5	109,50 G.
do. neue.	4½	104,25 bz G.
Schwedische	3½	
Schw. d. 1890	3½	97,10 B.
do. 1883	4	
Schw. Hyp.-Pf.	4½	101,40 G.
Serb. Gld-Pfdb.	5	73,50 G.
do. Rente	5	64,50 bz G.
do. neue 85	5	64,10 bz G.
Stockh.Pf. 85	4½	
do. St.-Anl.86	4	
Span. Schuld.	4	65,50 G.
Türk A.1865 in Pfd.Sterl. ov.	1	
do. do. B.	1	
do. do. C.	1	25,10 G.
do.Consol.90	4	
do. Zoll-Oblig	5	
Trk.400Frc.-L	—	104,25 bz
do.EgTrib-Anl.	4¼	
Ung. Gld-Rent.	4	96,70 bz
do. Gld.-Inv.-A.	4½	102,25 bz G.
do. do. do.		
do.Papier-Rnt.		
do. Loose		
do.Tem-Bg.-A.	5	
WienerC.-Anl.	5	106,70 G.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.		
Aachen-Mastr.	—	63,00 bz G.
Altenbg.-Zeitz	—	
Crefelder	4½	74,50 bz
Crefld-Uerdng	—	89,40 bz
Dortm.-Ensch.	—	120,75 bz G.
Eutin. Lübeck	—	46,00 B.
Frnkf.-Güterb.	—	71,75 bz G.
Ludwsh.-Bexb.	9¼	227,30 bz
Lübeck-Büch.	—	145,25 bz
Mainz-Ludwsh	—	117,00 bz
Marnb.-Mlawk.	—	89,10 bz
Meckl Fr.Franz		
Ndrschl.-Märk.	4	101,30 G.
Ostpr. Südb.	—	94,20 bz
Saalbahn	—	28,40 bz G.
Stargrd-Posen	4½	101,75 bz
Weimar-Gera	—	16,25 bz G.
Werrabahn	—	61,00 bz G.
Albrechtsbahn	2	145,20 bz G.
Aussig-Teplitz	—	308,50 bz G.
Böhm. Nordb.	—	
do. Westb.	7½	
Brünn. Lokalb.	—	
Buschtherader	—	223,00 G.
Canada Pacifb.	5	65,90 bz G.
Dux-Bodenb	—	106,75 G.
Galiz. Karl-L.	5	
Graz-Köflsch.	—	
Kaschau-Od	4	91,00 G.
Kronpr. Rud.	4¾	
Lemberg-Cz	7	130,90 G.
Oester Staatsb	—	138,50 G.
do. Lokalb.	—	102,40 G.
do. Nordw.	4½	111,00 G.
do.Lit.B.Elb.	—	127,90 bz G.
Raab-Oedenb.	—	31,80 bz
Reichenb.-P	—	
Südöstr.(Lb.)	—	49,80 bz
Tamin-Land	0	
Ungar.-Galiz.	5	
Balt.Eisenb.	3	68,40 bz
Donetzbahn	5	
Ivang. Domb.	5	110,25 G.
Kursk-Kiew	12,65	
Mosco-Brest	—	72,60 G.
Russ. Staatsb.	6,56	148,00 bz
do. Südwest.	5,45	76,80 bz
Wrsch.-Teres.	5	111,50 bz G.
Wrsch.-Wien.	—	237,75 bz
Weichselbahn	5	72,75 bz
Amst.-Rotterd	—	101,00 bz
Gotthardbahn	—	161,50 bz G.
Ital. Mittelm.	5	80,00 bz
Ital.Merid.-Bah	7 1/5	107,20 bz B.
Lüttich-Lmb.	—	34,70 bz
Lux. Pr. Henri	—	68,10 bz G.
Schweiz.Centr	—	122,80 bz
do. Nordost	—	112,40 bz G.
do. Unionb.	—	81,40 bz
do. Westb.		
Westsicilian	3 3/5	47,70 bz

Eisenb.-Stamm-Prioritität.		
Altdm.Colberg	4½	112,25 bz
Bresl.-Warsch	—	65,50 bz G.
Czakat.-St.-Pr.	5	105,60 bz G.
Dux-BodnbAB	—	
Paul.-Neu-Rup	5½	114,00 bz
Prignitz	4½	
Szatmar-Nag.	—	
Dortm.-Gron.	4½	121,00 G.
Marienb Mlawk	—	118,00 bz G.
Mecklb. Südb.	—	56,20 B.
Ostpr. Südb.	—	115,40 bz G.
Saalbahn	—	98,50 bz G.
Weimar-Gera	—	90,50 G.

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.		
Bresl-Warschauer Bahn	5	
Gr Berl.Pferde Eisenbahn	4	102,20 bz G.
Oberschl.	3½	99,60 G.
do. (StargPos)	4	
Ostpr Südbahn	4½	
do. do.	4½	
Werrab. 1890	4	
Albrechtsb gar	5	
Busch Gold-O.	4½	102,30 G.
Dux-Bodenb. I.	5	103,25 G.
Dux-Prag G-Pr	4	
do. 1891	4	100,80 G.
Franz.-Josefb.	4	
Gal K Ludwgbg	4½	
do. do. 1890	4	93,50 G.
Kasch-Oderb. Gold-Pr.g.	4	99,25 G.
KronpRudolfb.	4	
do.Salzkammg	4	102,10 bz
LmbCzern.stfr	4	92,80 B.
do. do. stpfl.	4	
Oest.Stb.alt.g.	3	86,25 G.
do. Staats-I.II.	5	109,10 G.
do. Gold-Prio.	4	102,10 bz
do. Lokalbahn	4	100,90 bz
do.Nordwestb.	5	104,90 G.
do. NdwB.G-Pr	5	108,40 G.
do. Lt. B.Elbth.	5	
Raab-Oedenb. Gold-Pr.	3	70,50 B.
Reichenb.-Pr. (Silber)	4	
Raab Gld-Prior		
Südöst-B.(Lb.)	3	61,70 bz
do. Obligation.	5	103,00 G.
do.Gold-Prior.	4	98,30 G.
Baltische gar.	5	101,50 G.
Brest-Grajewo	5	
Gr. Russ. Eis. gar	3	83,90 G.
Ivang.-Dombr. g.	4½	104,20 bz G.
Kozlow-Wor. g.	4	97,00 bz
do. 1889	4	
do. Chark.As.(O)	4	97,20 bz
do.(Oblig.)1889	4	97,00 bz G.
Kursk-Kiew conv	4	97,40 bz
Losowo-Sebast.	5	101,25 G.
Mosco-Jaroslaw	5	
do. Kursk gar.	4	92,00 B.
do. Rjäsan gar.	4	98,50 bz
do. Smolensk g.	5	103,40 bz G.
Orel-Griasy conv	4	97,00 bz G.
Poti-Tiflis gar.	5	
Rjäsan-Kozlow g	4	97,10 bz
Rjaschk-Morcz.g	5	103,90 bz
Rybinsk-Bolog.	5	97,40 bz
Schuja-Ivan. gar.		
Südwestb. gar.	4	99,40 bz G.
Transkaukas. g.	3	85,10 bz B.
Warsch.-Ter. g.	5	104,75 bz
Warsch.-Wienn.	4	100,90 bz
Wladikawk. O. g.	4	
Zarskoe-Selo	5	94,10 G.
Anatol. Gold-Obl	5	91,30 bz G.
Gotthardbahnov.	4	103,40 G.
Sicilian. Gld.-P. (steuerfrei)	4	
do. do. v. 1891	4	
Ital. Eisenb.-Obl.	3	48,40 bz G.
Süd-Ital. Bahn	3	51,60 B.
Serb. Hyp.-Obl.	5	69,50 G.
do. Lit. B.	5	61,00 bz
Central-Pacific	6	
Illinois-Eisenb.	4	99,00 B.
Manitoba	4½	97,40 G.
Northern Pacific	6	108,90 bz G.
San Louis-Franc.	6	88,25 G.
Southern Pacific	6	105,10 G.

Hypotheken-Certifikate.		
Danz. Hypoth.-Bank	4	
Dtsche.Grd.-Kr.-Pr. I	3½	113,50 G.
do. do. II.	3½	109,50 bz G.
do. do. III. abg.	3½	99,25 bz
do. do. IV. abg.	3½	99,25 bz
do. do. V. abg.	3½	95,00 G.
do. Hp.B.Pf.IV.-V.VI.	5	111,00 B.
do. do.	4	102,50 bz G.
do. do.	3½	95,60 G.
Hb. Hyp.-Pf. (rz 100)	4	101,00 bz
do. do. (unkünd. bar bis 1./1.1900)	4	102,75 bz
do. do (rz 100)	3½	95,40 bz G.
MeiningerHyp.-Pfdb.	4	101,10 bz G.
do. Pr.-Pfdbr.	4	128,10 bz
pomm. Hypoth.-Akt. B-Pfandbr. III. u. IV.	4	101,00 G.
P.B.-Cr.unkb(rz110)	5	113,75 G.
Pf.Sr. III.V.VI(rz100)	5	107,75 G.
do. do. (rz.115)	4½	115,50 G.
do. do. X (rz.110)	4½	111,90 G.
do. do. (rz.100)	4	101,10 bz
Pr. Cent.-P (rz.100)	4	
do. do. (rz.100)	3½	97,00 bz G.
do.do. künb. 1900	4	103,50 bz G.
Pr.Centr.-Pf Com-O	3½	96,75 bz G.
Pr.Hyp.-B. I.(rz.120)	4½	
do. do. VI. (rz.110)	5	
do. div. Ser.(rz.100)	3½	96,80 bz G.
do. do. (rz.100)	4	101,00 G.
Prs. Hyp.-Vers.-Cert.	4½	
do. do. do.	4	101,70 B.
do. do. do.	3½	96,25 bz
Schles.B.Cr.(rz.100)	5	
do. do. (rz.100)	4½	
Stettin. Nat. Hyp. Cr. do. do. (rz.110)	4½	
do. do. (rz.110)	4	102,50 bz G.
do. do. (rz.100)	4	101,40 G.

Bankpapiere.		
B.f.Sprit-Prod.H	4½	70,50 bz G.
Berl. Cassenver.	5½	129,60 G.
do. Handelsges.	5	139,10 bz G.
do. Maklerver.	7½	117,00 bz G.
do. Prod-Hdbk.	—	97,50 G.
Börsen-Hdlsver.	8	130,60 G.
Bresl. Disc.-Bk.	5	99,00 G.
do. Wechslerbk.	5	98,70 bz B.
Danz.Privatbank	7⅛	140,00 bz B.
Darmstädter Bk.	—	
do. do. Zettel	4½	
Deutsche Bank	8	172,40 bz
do. Genossensch	6	112,50 G.
do.Hp.Bk.60pCt	6	119,80 G.
Disc.-Command.	6	191,50 bz
Dresdener Bank	5½	143,90 bz G.
Gothaer Grund-creditbank	—	90,90 bz
Internat. Bank		
Königsb. Ver.-Bk	4½	100,25 bz B.
Leipziger Credit	8	175,00 B.
Magdeb. Priv.-Bk	6	112,50 bz G.
Maklerbank	6½	107,50 B.
Mecklenb. Hyp.u. Wechs.	8	135,75 bz G.
Meininger Hyp.-Bank 70pCt.	6	111,70 bz
Mitteld.Crdt.-Bk.	4½	100,40 bz
Nationalbk. f. D.	4½	108,25 bz
Nordd. Grd.-Crd.	3	95,80 bz
Oester.Credit-A.	9 1/16	227,75 bz
Petersb.Disc.-Bk	6	131,00 G.
do. Intern.Bk.	10	
Pomm.Vorz.-Akt	6	116,25 G.
Posen. Prov.-Bk.	5½	104,60 G.
Pr. Bodencr.-Bk.	—	132,00 bz G.
do. Cnt-Bd60pCt	—	160,00 bz G.
do.Hyp.-Akt.-Bk.	—	124,00 bz G.
do. Hyp.-V. A. G. 25 pCt.	—	104,10 G.
do. Immob-Bank 80 pCt.	—	231,00 G.
do. Leihhaus	—	97,50 G.
Reichsbank	6,88	155,50 bz
Russische Bank	8	100,40 bz
Schles. Bankver.	—	113,50 bz
Warsch. Comerz	—	
do. Disconto	—	

Industrie-Papiere.		
Allg. Elekt.-Ges.	8¼	158,40 bz
Anglo. Ct. Guano	11¾	
Bauges. Berl.-Charl.	7⅛	800,00 bz G.
Bauges. City St.-Pr.		
Bauges. Dtsche. Bau	—	76,00 G.
Bauges. Hann.-St.P.	—	75,10 G.
Bauges. Humb.	6	
Moabit	—	133,40 G.
Passage	—	71,75 bz G.
U. d. Linden	—	
Berl. Elekt.-W.	8½	167,80 bz
Berl. Lagerhof	—	89,10 G.
do. do.St.-Pr.	—	114,10 bz G.
Ahrens Br., Mbt.	0	48,60 G.
Berl. Bock-Br.	0	51,90 bz
Schultheiss-Br.	15	236,00 G.
Bresl. Oelw.	4½	84,10 G.
do. Sprit-A.-G.	7	107,50 G.
Deutsche Asph.	—	81,25 G.
Dynamit Trust	10	135,40 bz
Erdmannsd. Sp.	—	
Fraust. Zucker	7	128,00 bz G.
Glauz. Zucker	3⅔	113,75 G.
Gummi HarWien	25	290,00 bz
do. Schwanitz	—	183,75 G.
do. Voigt Winde	8	132,80 bz G.
do. Volpi. Schldt.	—	92,00 G.
Hemmoor Cem.	—	111,40 B.
Köhlm. Strk.	14	217,00 B.
Körbisdf. Zucker	2½	107,00 bz B.
Löwe & Co.	—	274,00 bz G.
Bresl. Linke	—	154,50 bz
do. Hofmann	—	143,00 bz B.
Germ. Vrz.-Akt.	4½	66,50 bz
Görlitz Körn.	7	132,00 bz G.
Görl. Lüdr.	9	148,00 bz G.
Grusonwerk		
H. Pauksch	3	72,50 G.
Schwarzkopff	15	247,75 bz B.
Stettin-Vulk.-B.	—	102,00 G.
Sudenburg	10	170,50 bz B.
O.-Schl. Cham.	—	68,00 bz G.
do. Portl.-Cem.	—	103,00 bz B.
Oppeln. Cem.-F.	4½	117,10 bz G.
do. (Giesel)	—	101,90 bz
Gr.Berl.Pferdeb.	—	254,00 bz G.
Hamb. Pferdeb.	4	97,40 B.
Potsd.ov.Pferdb.	—	98,00 bz G.
Posen. Sprit-F.	5	
Rositzer Zucker	—	71,50 bz G.
Schles. Cement.	—	156,50 bz B.
Stett. Bred. Cem.	—	91,40 bz
do. Chamott.	—	215,00 bz G.
Bgw. u. H.-Ges.		
Aplerbecker	7	115,00 G.
Berzelius	—	121,00 B.
Bismarkhütte	8	172,00 bz G.
Boch. Gusst.-F.	3½	134,50 bz G.
Donnersmarck.	—	99,60 G.
Dortm. St.-Pr. A.	—	27,50 G.
Gelsenkirchen	9	152,60 bz
Hibernia	5½	123,30 bz
Hörd. St.-Pr.-A.	0	
Inowracl. Salz	1	43,00 bz B.
König u. Laura	3	128,70 bz
Lauchham. cv.	4½	105,25 bz G.
Louis. Tief.St.-P.	4	98,10 G.
Oberschl. Bed.	½	73,00 bz
do. Eisen-Ind.	4½	102,90 bz
Redenh. St.-Pr.	0	7,75 bz G.
Riebeck. Mont.	11	165,00 bz G.
Schles. Kohlw.	0	28,40 bz G.
do. Zinkhütte	15	183,90 G.
do. do. St.-Pr.	15	183,90 G.
Stolb. Zink-H.	1	37,60 G.
do. St.-Pr.	6	104,00 bz G.
Tarnowitz ov.	3½	49,00 bz B.
do. do. St.-Pr.	0	

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Co. (A. Röstel) in Posen.